

05.06



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Weg vom Öl - aber wohin?  
Zukunftsfähige Lebensstile lernen und leben  
Naturschutz-Weltgipfel 2008 in Deutschland  
Viel Protest gegen Nahverkehrskürzungen**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 12 (2006), Heft 05  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Eva Zinecker (ez)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)  
eMail: [thomas.kreutzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreutzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Wir nehmen Abschied von Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt

### Liebe Leserinnen und Leser,

mit großer Trauer haben wir den Tod unseres Ehrenpräsidenten und Weggefährten Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt zu beklagen. Er ist am 1. Mai 2006 nach schwerer Krankheit verstorben. Der Name Wolfgang Engelhardt steht für die Geschichte des Deutschen Naturschutzrings, dessen Präsident er 32 Jahre lang war.

Kaum eine Persönlichkeit in der deutschen Natur- und Umweltschutzbewegung war politisch so angesehen und unabhängig von Einzelverbandssachzwängen der Sache dienend. Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt hat sich für die Wert- und Qualitätssteigerung des Natur- und Umweltschutzes historische Verdienste erworben. Besonders herauszuheben sind seine Leistungen für die Integration und den Zusammenhalt der Mitgliedsverbände.

Den für die Natur- und Umweltpolitik so wichtigen Dialog zwischen Staat und Gesellschaft hat er in den vielen Jahren mit großer Autorität und Integrationsfähigkeit voran gebracht.

Prof. Engelhardt war ein großartiger Lehrmeister, ein Pionier der Umweltbildung. Er hatte einen Lehrauftrag für Naturschutz an der Technischen Universität München; der erste einschlägige Lehrauftrag im deutschsprachigen Raum. Nach seiner Habilitation lehrte er auch an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. In seiner Zeit als Generaldirektor der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns war er an der Konzeption für den Neubau der Zoologischen Staatssammlung Bayerns wie auch für das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen maßgeblich beteiligt. Das Ministerium war das erste Umweltministerium in Deutschland. Eines seiner größten Werke konnte 1991 vollendet werden, das Museum „Mensch und Natur“ in München.

Ein weiteres Beispiel für sein großes Wirken ist die Gründung von Oro Verde, einer Stiftung zur Rettung der tropischen Regenwälder, als deren Stiftungsratsvorsitzender er bis zuletzt aktiv mitarbeitete. Auch beim Aufbau der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) half er und war von Beginn an und für viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender im Kuratorium.

Mehr als ein halbes Jahrhundert hat Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt die Naturschutzbewegung entscheidend geprägt. Sein Wirken fand stets große Anerkennung, was sich in vielen nationalen und ausländischen Auszeichnungen widerspiegelte. So erhielt er 1999 von Bundespräsident Rau das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Die Trauerfeier hat auf Wunsch der Familie im engsten Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

Der Deutsche Naturschutzring wird zusammen mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und dem Bund Naturschutz in Bayern am 12. Oktober 2006 - dem Geburtstag von Prof. Engelhardt - in München ein Symposium zu seinem Gedenken veranstalten.

Das Präsidium  
des Deutschen Naturschutzrings

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Abschied von Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt

## 5 Verbände, Ehrenamt

- 125 Jahre Deutscher Tierschutzbund
- Zuschüsse für Verbände-Projekte
- Kurzmeldungen

## 6 Abfall, Chemie, Emissionen

- Selbstentsorgerlösungen für Verpackungen mangelhaft
- Deutschland setzt Elektroschrott-Richtlinien um
- Protest gegen neues Kohlekraftwerk in NRW
- Kurzmeldungen

## 8 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Expansion der „Schweinefabriken“
- Ende der Stallpflicht für Geflügel gefordert
- Molkereien pro und contra Genmais
- Koalitionsstreit über Agro-Gentechnik
- Vergiftungen durch Nanotech-Produkt
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 12 Energie, Klima

- Weg vom Öl - aber wohin?
- Energiegipfel: 70 Milliarden für die Energieversorgung
- Christdemokraten gegen Atomkraft nutzen Ökostrom
- 20 Jahre nach Tschernobyl: Energiewende wird möglich
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 16 Nachhaltigkeit, Umweltbildung, Recht

- Zukunftsfähige Lebensstile lernen und leben
- Industrie bekennt sich zur Nachhaltigkeit
- Föderales Umweltrecht in der Kritik
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 18 Naturschutz, Artenschutz

- Naturschutz-Weltgipfel 2008 in Deutschland
- Vogeltod: Entschärfung von Strommasten zu langsam
- Schlepperwegebau im Nationalpark Berchtesgaden

## 20 Verkehr, Tourismus

- Protest gegen Nahverkehrskürzungen
- Lesenswert

## 22 Wasser, Meere

- Maßnahmenprogramme für Flussauen
- Lesenswert

## 23 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich
- Abo-Coupon

### Deutscher Tierschutzbund wird 125 Jahre

#### 700 Vereine und 500 Tierheime unter einem Dach

Seit 1881 ist es Ziel des Verbands, sich für den Schutz der Tiere einzusetzen und sie vor Qualen und Misshandlungen zu schützen. Dem Deutschen Tierschutzbund sind über 700 Vereine mit mehr als 500 Tierheimen angeschlossen. Er vertritt die Interessen von über 800.000 organisierten Tierschützer/innen und ist Europas größter Tier- und Naturschutzverband.

#### Praktische Nothilfe und wissenschaftliche Forschung

Auch in eigenen Einrichtungen des Deutschen Tierschutzbundes werden praktische Tierschutzarbeit geleistet und wissenschaftliche Grundlagen erarbeitet. So setzen sich in der Akademie für Tierschutz in Neubiberg (Bayern) Biologen, Tiermediziner und Juristen seit zwei Jahrzehnten mit den Tierschutzproblemen in der Gesellschaft national und international auseinander.

Das Tier-, Natur- und Jugendzentrum in Weidefeld (Schleswig-Holstein) mit dem angeschlossenen Artenschutzzentrum Sylt verbindet die praktische Nothilfe für Tiere mit der Forschung. Die Erfahrungen bei der Reinigung verölter Seevögel, der Pflege verletzter Greifvögel oder bei der Erziehung verhaltensauffälliger Hunde werden dokumentiert und ausgewertet. So wird sichergestellt, dass Tierschutzmethoden verbessert und Erkenntnisse an Tierschutzvereine weitergegeben werden.

In seinem Auslandsprojekt in der Ukraine hat der Deutsche Tierschutzbund einen Zufluchtsort für Tausende von Tieren in Not geschaffen: Das Tierheim und Kastrationszentrum in Odessa arbeitet nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Im Anholter Bärenwald (NRW) betreut der Deutsche Tierschutzbund Braun- und Kragenbären, die aus qualvoller Haltung befreit wurden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Tierschutzbund, Baum-  
schulallee 15, 53115 Bonn  
Tel. 0228 / 60496-24, Fax -40  
eMail: [presse@tierschutzbund.de](mailto:presse@tierschutzbund.de)  
[www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

### Zuschüsse für Projekte von Verbänden

#### Natur- und Umweltschutz: Antragsschluss für 2007 am 1.9.

Das Bundesumweltministerium möchte in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) die Umwelt- und Naturschutzverbände in ihrem Bemühen unterstützen, umweltpolitische Belange in der Gesellschaft zu verankern. Auch im Haushaltsjahr 2007 gewährt das Bundesumweltministerium deshalb wieder Zuschüsse für Maßnahmen im Umwelt- und im Naturschutz.

Die Projekte sollen das Bewusstsein und das Engagement für Umwelt- und Naturschutz stärken. Hierzu gehören u.a.:

- Projekte zu wichtigen aktuellen Schwerpunktthemen
- Kinder- und Jugendprojekte mit hoher Breitenwirkung
- Projekte, die umwelt- und naturverträgliches Verhalten fördern
- Maßnahmen der Umweltberatung und der Fortbildung.

Aktuelle Schwerpunktthemen im Jahr 2007 werden sein: Erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Material- und Ressourceneffizienz, Klima, Verkehr, Lärm sowie Schutz der biologischen Vielfalt. An den Maßnahmen muss ein besonderes Bundesinteresse bestehen. Wissenschaftliche Forschung und Investitionen können nicht gefördert werden. Weitere Einzelheiten sowie das Antragsformular sind auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums [www.bmu.de](http://www.bmu.de) unter „Förderprogramme/Verbändeförderung“ zu finden.

Die Anträge sind bis zum 1. September 2006 in elektronischer Form und in Papierform einzureichen. Für die elektronische Übersendung nutzen Sie bitte die Schaltfläche „Abschicken“ auf dem Formular. Sie erscheint, wenn Sie das Formular vollständig ausgefüllt haben. ■

Gastautorin: Dr. Jutta Emig, BMU

#### • Weitere Informationen

Umweltprojekte:  
Umweltbundesamt, Fachgebiet I 1.3,  
Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau  
Naturschutzprojekte:  
Bundesamt für Naturschutz, Referat  
GK, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn

### Kurzmeldungen

#### Ehrenamtlich Tätige für Studie gesucht

Im Rahmen eines Forschungsprojekts des Lehrstuhls für Sozialpsychologie der Ruhr-Universität Bochum werden ehrenamtlich Tätige gesucht, die an einer Online-Studie teilnehmen wollen. Dabei soll die Bindung von Ehrenamtlichen an ihre Organisation bzw. ihre ehrenamtliche Tätigkeit untersucht werden. (ez)

[www.soc.psy.ruhr-uni-bochum.de/mitarbeiterinnen\\_und\\_mitarbeiter/Onlinebefragung%25252520TS\\_Ehrenamt.html](http://www.soc.psy.ruhr-uni-bochum.de/mitarbeiterinnen_und_mitarbeiter/Onlinebefragung%25252520TS_Ehrenamt.html)



## Selbstentsorgerlösungen für Verpackungen mangelhaft

### NABU zeigte Schlupflöcher in der Verpackungsverordnung

Der Naturschutzbund NABU hat auf Fehlentwicklungen beim Verpackungsrecycling aufmerksam gemacht. In einer bundesweiten Testaktion hatte der Verband die Rücknahmeangebote in Drogeriemärkten und Versandhandel untersucht. Laut NABU wird den Verbrauchern die Rückgabe von Verpackungen bewusst erschwert und zum Teil sogar unmöglich gemacht.

### Erschwerte Rücknahme, überfüllte Sammelbehälter

Unter dem Motto „Drogerien wollen Verpackungen zurück - wir bringen sie hin“ hatten NABU-Gruppen bundesweit Ende März leere Produktverpackungen in Drogeriefilialen der Ketten Schlecker, dm und Rossmann zurückgebracht. Ergebnis: „Die Rücknahmesysteme der Selbstentsorger sind unzureichend.“ Die Verpackungen wurden nicht überall zurückgenommen, die Sammelbehälter waren überfüllt und die Hinweise auf die Rückgabemöglichkeit fehlten in einigen Fällen ganz.

Die Aktion zeige die fehlende Praktikabilität und Effizienz der Selbstentsorgerlösungen für die Endverbraucher, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Selbstentsorger fordern die Verbraucher auf, Verpackungen in die Geschäfte oder zu Sammelstationen zurückzubringen. Die Unternehmen sagen zu, dass sie die Verpackungen der von ihnen verkauften Produkte selbst verwerten. Im Gegenzug beteiligen sie sich nicht an den Kosten der haushaltsnahen Erfassungssysteme (gelbe, blaue, graue Tonne).

Hintergrund der Aktion sind Schlupflöcher der Verpackungsverordnung, die es, so der NABU, Unternehmen aus Industrie und Handel ermöglichen, sich ihrer Verantwortung für eine umweltgerechte und verbraucherfreundliche Entsorgung von Verpackungen zu entziehen. (ez) ■

### • Weitere Informationen

NABU, Maria Elander, Referentin für Nachhaltigkeit und Umweltpolitik, Berlin  
Tel. 030 / 284984-40, Fax -84  
eMail: maria.elander@nabu.de  
www.nabu.de

## Deutschland setzt Elektroschrott-Richtlinien um

### Altgeräte-Abgabe jetzt an kommunalen Sammelstellen

In Deutschland sollen seit März kommunale Sammelstellen dafür sorgen, dass Elektroschrott umweltgerecht entsorgt wird. Die Verbraucher/innen sind aufgerufen, ihre alten Geräte wie Fernseher, Fön, Bügeleisen oder Scanner nicht wie zuvor in den Hausmüll zu werfen, sondern an den von den Gemeinden zur Verfügung gestellten Plätzen kostenlos abzugeben. Die Hersteller sind verpflichtet die Geräte abzuholen und zu recyceln. Die Kosten tragen sowohl die Kommunen als auch die Unternehmen. Hersteller sind nach EU-Recht registrierungs- und recyclingpflichtig.

### Richtlinien für alte und neue Elektro(nik)geräte

Für Elektro- und Elektronikgeräte gelten EU-weit zwei Richtlinien, die bis August 2005 von den Mitgliedstaaten umzusetzen waren:

1. Ein Verbot besonders gefährlicher Stoffe wie Blei, Cadmium, Quecksilber und bestimmter Bromverbindungen bei der Herstellung.
2. Die umweltverträgliche Entsorgung von Altgeräten. Hierfür sollen die Hersteller schon bei der Produktion auf umweltschonende und gut demontierbare Materialien achten.

EU-Richtlinien sind europaweite Rahmengesetze, die die Mitgliedstaaten der EU innerhalb einer Frist durch eigene Gesetze ausfüllen („umsetzen“) müssen. (db) ■

### • Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer  
Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-0, Fax  
eMail: pressestelle@uba.de  
www.umweltbundesamt.de

## Protest gegen neues Kohlekraftwerk in NRW

### Steinkohlekraftwerk in Datteln soll 2011 in Betrieb gehen

Umweltverbände und Anwohner haben im April gegen den Bau eines neuen Steinkohlekraftwerks im westfälischen Datteln protestiert. Spätestens 2011 soll das Kraftwerk des Energiekonzerns E.on in Betrieb gehen. Noch ist das Kraftwerk allerdings nicht genehmigt. Gegen den Bau gibt es mehrere hundert Einwendungen.

### Verbrennung von 700.000 Tonnen Abfall

Dabei wird vor allem kritisiert, dass nicht nur Kohle verbrannt werden soll, sondern auch Industrieabfälle. Pro Jahr sollen in Datteln 700.000 Tonnen Müll verbrannt werden. Das entspricht der doppelten Kapazität einer normalen Müllverbrennungsanlage „Genehmigungsrechtlich müsste es sich um eine Abfallbeseitigungsanlage handeln“, sagt Claudia Baitinger, Sprecherin des BUND-Landesarbeitskreises Abfall. Dabei verdienen die Energiekonzerne gleich doppelt: Einerseits kassierten sie das Geld für den Müll, andererseits bräuchten sie dafür keine CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Denn nach dem so genannten Treibhausgasemissionshandelsgesetz gelte Müll als CO<sub>2</sub>-neutral. (ez) ■

### • Weitere Informationen

BUND-Landesarbeitskreis Abfall NRW,  
Sprecherin Claudia Baitinger, Dorsten  
Tel. 02369 / 24296  
eMail: claudia.baitinger@bund.net  
www.bund-nrw.de/kraftwerk\_datteln

## Kurzmeldungen

### **Erster Kompromiss im deutsch-tschechischen Müllskandal**

Sachsen-Anhalt hat sich zur Entsorgung von rund 2000 Tonnen Abfall verpflichtet, der rechtswidrig in der nordböhmischen Stadt Libceves lagert. Dies erklärte ein Sprecher des tschechischen Umweltministeriums nach einem Treffen mit Vertretern des Umweltministeriums in Magdeburg und der Sonderabfallbehörde in Stuttgart. Die Herkunft von weiteren hunderten Tonnen Müll in dem Ort sei noch ungeklärt. In weiteren Gesprächen soll nun geklärt werden, ob der Müll aus Libceves in Tschechien entsorgt oder nach Deutschland zurücktransportiert wird. Insgesamt geht es um 200.000 Tonnen deutschen Müll, der illegal in Tschechien deponiert wurde. Im Zusammenhang mit dem Müll-Skandal haben die Behörden in Prag bisher einen Deutschen festgenommen und gegen fünf Tschechen Anzeige erstattet sowie ein Bußgeld von etwa einer Million Kronen (rund 35.000 Euro) verhängt. (ez)

Quelle: dpa

### **Bundesweites mobilfunkritisches Netzwerk gegründet**

Ziel des Netzwerkes ist es, den Informationsaustausch unter den bestehenden Initiativen zu verbessern, den Aufbau neuer Initiativen zu fördern und die Voraussetzungen für überregionales Handeln zu schaffen. Damit soll ein Beitrag zur Stärkung der mobilfunkritischen Bewegung in Deutschland geleistet werden. Als erster Schritt wird im Mai ein Treffen von Vertretern aus allen Bundesländern organisiert. Der bundesweite Aktionstag „Risiko Mobilfunk“ findet am 24. Juni statt. (ez)  
Netzwerk Risiko Mobilfunk, Tel. 0700 / 28800288, Fax 012120 / 248703  
eMail: info@netzwerk-risiko-mobilfunk.de  
www.netzwerk-risiko-mobilfunk.de

### **Intensive Handynutzung steigert Risiko von Gehirntumoren**

Eine Studie schwedischer Wissenschaftler vom Nationalen Institut für Arbeitsleben (Arbetslivsinstitutet) bestätigt einen Zusammenhang zwischen häufiger Mobilfunknutzung und Krebserkrankungen. Von 905 untersuchten Gehirntumorpatienten im Alter von 20 bis 80 Jahren waren 85 Intensivnutzer von Mobiltelefonen, die bereits seit längerer Zeit und häufig mobil telefonieren. Unter den gesunden Testpersonen war der Anteil der Intensivnutzer deutlich geringer. Nach Angaben der

Wissenschaftler traten die Tumore auch verstärkt auf der Seite des Kopfes auf, an der auch das Handy während des Gespräches üblicherweise gehalten wurde. Da andere Risikofaktoren berücksichtigt wurden, sehen die Forscher einen deutlichen Zusammenhang. Intensivnutzern werden Freisprechanlagen empfohlen, die die Strahlungsbelastung am Kopf deutlich reduzieren. (ez)

Quelle: www.de.internet.de

### **Umweltmediziner: Erforschung von Mobilfunkstrahlung behindert**

Prof. Rainer Frentzel-Beyme, Umweltmediziner an der Universität Bremen, hat den Vorwurf erhoben, die Erforschung von Mobilfunkstrahlung werde in Deutschland bewusst verzögert. Grund dafür sei die enge Verbindung zwischen Mobilfunkkonzernen und dem Staat. Eine unabhängige Forschung sei deshalb nur schwer möglich. Deswegen habe es auch Konsequenzen wie die Einrichtung eines Moratoriums für die Aufstellung neuer Antennen oder eine ernsthafte Förderung der Forschung in Deutschland nicht gegeben. (ez)

Quelle: www.de.internet.de



## **Expansion der „Schweinefabriken“**

### **BUND kritisiert staatliche Förderung der industrialisierten Tierhaltung**

Der BUND rechnet damit, dass die Anzahl der Schweine auf deutschen Bauernhöfen massiv steigen wird. Das lasse die bestehende Bauplanung großer Ställe mit bis zu 100.000 Tierplätzen vermuten. Und das obwohl rund sechzig Prozent der Landwirte in den letzten zehn Jahren die Schweinehaltung aufgegeben haben, hieß es in einer Untersuchung, die der Umweltverband Ende März vorstellte. Eine Folge der massenhaften Schweinehaltung sei noch mehr Gülle, die heute schon nicht ausreichend entsorgt werden könne. Das verschärfe das Problem der Nitratbelastung des Grundwassers und der Ammoniakemissionen, so der BUND weiter.

### **80 Prozent der Großmast-Schweine bekommen Antibiotika**

Zudem werde künftig mehr Fleisch außerhalb der EU exportiert, da hier der Bedarf gedeckt sei. Der Verband monierte, dass die industrielle Tierhaltung durch Investitionsbeihilfen und rasche Genehmigungen gefördert werde, obwohl sie den Tieren und der Umwelt schade. 80 Prozent der Schweine erhielten z. B. Antibiotika, weil sie in den engen Großmastanlagen krank würden. Hingegen würde Landwirten mit umwelt- und tiergerechter Erzeugung, dem Ökolandbau und Direktvermarktern von Fleisch aus artgerechter Haltung die staatliche Unterstützung entzogen. Das sei ein Skandal.

Der BUND forderte, Agrarfabriken nicht weiter über Exportbeihilfen zu fördern. Subventionen seien stattdessen an höhere Tierschutzstandards und Umweltauflagen zu binden. Dazu seien eine tiergerechte Verordnung zur Schweinehaltung und die Beibehaltung des Käfigverbots für Legehennen notwendig. (mbu) ■

#### **• Weitere Informationen**

BUND, Agrarpolitischer Sprecher Prof. Dr. Hubert Weiger, Nürnberg  
Tel. 0911-8187810, Fax -869568  
eMail: [hubert.weiger@bund.net](mailto:hubert.weiger@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

## **Verlängerung der Stallpflicht für Geflügel in der Kritik**

### **Ställe nicht für dauerhafte Tierhaltung geeignet**

Der Deutsche Tierschutzbund hat gefordert, die unbefristete Stallpflicht für deutsches Geflügel wieder aufzuheben. Sie sollte nur noch an gesondert ausgewiesenen Risikostandorten gelten und zeitlich befristet sein. Das Einschließen der Tiere in den Stall entspricht aus Sicht des Verbandes nicht dem Menschen- und Tierschutz. Das Auslaufverbot bringe massive Probleme, da viele der Stallanlagen für eine dauerhafte Haltung der Tiere nicht geeignet sind.

Im April verlängerte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer die Stallpflicht wegen der möglichen Gefährdung durch die Geflügelpest auf unbestimmte Zeit. Ausnahmen für eine Freilandhaltung gibt es auf Antrag für Betriebe, die außerhalb von Risikozonen und abseits von Rastplätzen für Wildvögel liegen.

### **Tierschutzbund: Industrielle Tierhaltung ist Nährboden für Seuchen**

Der Deutsche Tierschutzbund appellierte an die Politik, endlich ernsthaft über eine Langzeitstrategie zum Schutz vor der Geflügelpest nachzudenken, damit eine artgerechte Freilandhaltung auch zukünftig möglich ist. Durch die unbefristete Stallpflicht sei die Zukunft der artgerechten Tierhaltung in Gefahr. Der Verband kritisierte erneut die industrielle Tierhaltung. Zu hunderten oder tausenden eingesperrte Tiere seien der ideale Nährboden für Geflügelpest und andere Tierseuchen. Die Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung könne nur in kleinbäuerlichen Strukturen liegen, so der Tierschutzbund. (mbu) ■

#### **• Weitere Informationen**

Deutscher Tierschutzbund, Baumschulallee 15, 53115 Bonn  
Tel. 0228 / 60496-24, Fax -40  
eMail: [presse@tierschutzbund.de](mailto:presse@tierschutzbund.de)  
[www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

## **Molkereien pro und contra Genmais**

### **Erste Milchfirmen wollen gentechnikfreie Produkte garantieren**

Sieben Molkereien haben sich im März erstmals vom Anbau von gentechnisch verändertem Mais in Deutschland distanziert, darunter Ehrmann und Berchtesgadener Land. Das ergab eine Greenpeace-Umfrage bei Milchunternehmen zur diesjährigen Anbausaison. Laut Umfrage schließen aber neun der zehn größten deutschen Molkereien, darunter Campina/Landliebe und Müller-Milch, den Anbau und die Verfütterung von Genmais an Milchkühe bei ihren Vertragslandwirten nicht aus.

Seit April sind Landwirte und Forschungseinrichtungen dabei, auf etwa 1900 Hektar genmodifizierten Mais in Deutschland anzubauen. Das sind 0,1 Prozent der deutschen Maisanbaufläche. Bei dem geringen Anteil sei es leicht, auf die Fütterung von Kühen mit Genmais zu verzichten, hieß es bei Greenpeace. Die Umweltorganisation forderte Lebensmittelhersteller und Molkereien auf, mit den zuliefernden Landwirten eine gentechnikfreie Tierfütterung zu vereinbaren.

### **Tierfutter bleibt Lücke bei der Gentech-Kennzeichnung**

Auf Milchprodukten muss nicht vermerkt sein, wenn diese mit Gen-Futter produziert wurden. Durch die fehlende Kennzeichnung unterstützen Verbraucher ungewollt den Anbau von Gen-Pflanzen, obwohl sie dies laut Meinungsumfragen mehrheitlich ablehnen. Sie können allerdings Milch von Herstellern kaufen, die eine gentechnikfreie Produktion garantieren. (mbu) ■

#### **• Weitere Informationen**

Greenpeace, Gentechnik-Experte Christoph Then, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-395, Fax -100  
[christoph.then@greenpeace.de](mailto:christoph.then@greenpeace.de)  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

## Koalition streitet über Grüne Gentechnik

### SPD: Agro-Gentechnik brachte nicht weniger Pestizideinsatz

In der Großen Koalition gibt es einen Streit über den Umgang mit der Grünen Gentechnik. Diese soll laut Koalitionsvertrag gefördert und das Gentechnikgesetz novelliert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion ist aber wegen der Risiken dagegen, den Anbau von Genmais zu fördern. Die angeblichen Vorteile wie geringerer Pestizideinsatz seien nicht eingetreten. Stattdessen seien die Probleme größer als zugestanden, hieß es. Die Unionsfraktion im Bundestag hingegen besteht auf den Koalitionsvereinbarungen. Die Gentechnik sei sicher und beherrschbar, die Blockadehaltung der SPD bringe die deutsche Forschung in Gefahr. Die CDU/CSU-Fraktion fordert geringere bürokratische Hürden bei der Genehmigung für den Anbau genmodifizierter Pflanzen.

### Größtes Problem der Gesetzesnovelle: die Haftungsregelung

Unterdessen wird im Bundesagrarministerium an der Novellierung des Gentechnikgesetzes gearbeitet, das bis spätestens Juni fertig sein soll. Darin soll die Haftung neu geregelt werden. Bisher gilt: Wer Genpflanzen anbaut, muss für die Kontamination eines gentechnikfreien Nachbarfeldes haften, wenn kein Verursacher gefunden wird. Diese verschuldensabhängige Haftung will die CDU abschaffen. Landwirtschaftsminister Horst Seehofer präferiert einen Haftungsfonds, in den nach seinen Vorstellungen die Gentechnikfirmen einzahlen sollten. Die Konzerne weigern sich aber, dafür Geld auszugeben. Steuermittel wird es nach dem Willen Seehofers für die Haftung auch nicht geben.

### Versicherungen: „Wir versichern kein Wassergrundstück gegen Hochwasser“

Auch die Versicherungsbranche lehnt es ab, Landwirte zu versichern, die gentechnisch produzieren. Man versichere auch kein Grundstück gegen Hochwasser, das im Wasser liegt, hieß es beim Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft. Das Risiko der Verunreinigung wird als viel zu hoch angesehen. Das bestätigte inzwischen sogar die EU-Kommission und beschloss die Zulassungsverfahren auf europäischer Ebene zu verbessern: Negative Folgen für Umwelt und Gesundheit könnten nicht ausgeschlossen werden (siehe EUR 05.06., S. 16).

## Gen-Mais mit Risiken und Nebenwirkungen

Der BUND und Greenpeace forderten deshalb Ende April Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) auf, den für dieses Jahr geplanten Anbau von 1700 Hektar insektenresistentem Gen-Mais MON810 in Deutschland zu verbieten. Im Dezember 2005 hatte der Minister die Zulassung dieser Maissorte auf deutschen Äckern erlaubt. In einem Bericht stellte die EU-Kommission unter anderem fest, dass die Auswirkungen von Gen-Mais MON810 auf Umwelt, Tier und Mensch nur unzureichend untersucht seien. Die Bundesregierung müsse darauf reagieren und die Genehmigung für MON810 wieder zurückziehen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Dienstsitz Berlin, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin  
Tel. 01888 / 529-3173, Fax -3179  
eMail: pressestelle@bmelv.bund.de  
www.bmelv.de

BUND, Gentechnikreferentin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-56, Fax -40  
eMail: heike.moldenhauer@bund.net  
www.bund.net

Greenpeace, Gentechnikexperte Christoph Then, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100  
eMail: christoph.then@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

Bericht der EU-Kommission „European Communities - Measures Affecting the Approval and Marketing of Biotech Products“ (275 S., engl.) und Stellungnahme „Hidden Uncertainties - What the European Commission doesn't want us to know about the risks of GMOs“ (25 S., engl.)  
www.greenpeace.de/themen/gentechnik/presseerklarungen/

## Nanotechnik-Produkt löste Vergiftungen aus

### Mehr als hundert Erkrankte durch Haushaltsreiniger

Nachdem im April mehr als 100 Menschen in Deutschland durch das Bad- und WC-Spray „Magic Nano“ erkrankten, ermittelt die Staatsanwaltschaft Freiburg gegen die Herstellerfirma wegen fahrlässiger Körperverletzung und Vergehen gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetz. Käufer des Sprays litten kurz nach der Benutzung unter schwerer Atemnot, Schüttelfrost, heftigem Husten oder Brechreiz. Auch Lungenödeme kamen vor.

### Vorsorgestrategie für Nanotechnologie-Einsatz fehlt

Über die Ursache der Vergiftungen wird derzeit gestritten. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) kritisiert, dass es für den Einsatz der Nanotechnologie keine Vorsorgestrategie gibt. Dem Hersteller von „Magic Nano“ wirft der vzbv vor, mit einem gefälschten TÜV-Siegel für das Produkt geworben zu haben. Experten weisen schon länger darauf hin, dass die Auswirkungen von Nanopartikeln auf die menschliche Gesundheit noch nicht ausreichend untersucht sind. Bei der Produktion mit Nanotechnologie werden winzige Teilchen eingesetzt, die tausendmal kleiner sind als der Durchmesser eines menschlichen Haares. Wie diese Teilchen im menschlichen Körper wirken, ist nicht bekannt.

### Nano-Partikel können Lungen von Ratten schädigen

Es gibt bereits zahlreiche Nano-Produkte auf dem Markt. Deren Eigenschaften, z. B. die Fähigkeit von Partikeln, Barrieren im Körper zu überwinden, die andere Stoffe nicht durchdringen können, werfen die Frage nach einer toxischen Wirkung auf. Internationale Studien zeigten, dass Nano-Partikel die Lungen von Laborratten schädigen können; beim Menschen wurde dies jedoch noch nicht nachgewiesen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung hat nach eigenen Angaben keine Modelle, um die Toxizität von Nano-Partikeln zu testen.

### Reform der

### EU-Produkthaftungsrichtlinie gefordert

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen forderte in Folge des „Magic Nano“-Falls eine Reform der europäischen Produkthaftungsrichtlinie. Vor allem das Vorsorgeprinzip müsse zum Wohl der

Verbraucher berücksichtigt werden. Bisher muss ein Hersteller nicht haften, wenn nachweislich ein Fehler nach dem Stand der Wissenschaft nicht erkannt werden konnte. Das verstößt aus Sicht des vzbv gegen das Recht der Verbraucher, dass nur sichere Produkte auf den Markt gebracht werden dürfen. (mbu) ■

## • Weitere Informationen

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Pressestelle, Thielallee 88-92, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 8412-4300, Fax -4970  
eMail: [pressestelle@bfr.bund.de](mailto:pressestelle@bfr.bund.de)  
[www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de)

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518  
eMail: [info@vzbv.de](mailto:info@vzbv.de)  
[www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

## Kurzmeldungen

### Breites Bündnis fordert

**Neuorientierung der EU-Agrarpolitik**  
Zahlreiche Organisationen aus Entwicklungspolitik, Tier-, Umwelt- und Naturschutz sowie Landwirtschaft und Verbraucherschutz, darunter der DNR, haben ein gemeinsames Positionspapier über die Zukunft der europäischen Agrarpolitik verfasst. Dessen Ziel ist es, eine Debatte über die Neuausrichtung dieser Politik anzustoßen. Die Verbände, die das Papier unterzeichnet haben, setzen sich für einen entwicklungs- und umweltpolitisch verträglichen Umbau der Agrarpolitik ein, der einer bäuerlichen Landwirtschaft eine Zukunft ermöglicht. Den Verfassern geht es um die Förderung der ländlichen Räume im Norden und im Süden. Diese seien die Existenzgrundlage für die Armen der Welt und für die Welternährung. Die EU hat für die ländliche Entwicklungsförderung eine Kürzung um über 20 Prozent beschlossen. (mbu)

Das Positionspapier:  
[www.germanwatch.org/tw/eu-pos06.pdf](http://www.germanwatch.org/tw/eu-pos06.pdf)

### BVL erlaubt erneut hochgiftiges Pestizid

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) kritisiert, weil es auch in diesem Jahr ein hochgiftiges Pestizid in der Landwirtschaft zugelassen hat. Das Unkrautvernichtungsmittel Linuron ist als krebserregend, reproduktionstoxisch, hormonell wirksam und stark wassergefährdend eingestuft. Obwohl es für den Einsatz in der deutschen Landwirtschaft nicht zugelassen ist, erteilt das BVL seit 2003 jedes Jahr für die Anwendung von Linuron im Porree- und Möhrenanbau eine Ausnahmegenehmigung. Grundlage dafür ist die „Gefahr im Verzuge“-Regelung des Pflanzenschutzgesetzes. Laut PAN gibt es aber sehr wohl Alternativen gegen Unkraut im Gemüseanbau. Biobauern schafften es auch, Möhren und Lauch ohne gefährliche Pestizide anzubauen. (mbu)

PAN, Hamburg, Tel. 040 / 3991910-23,  
[www.pan-germany.org](http://www.pan-germany.org)

### Lebensmittelkontrollen mangelhaft

Nach einer Greenpeace-Studie vom April sind deutsche Verbraucher/innen schlecht vor pestizidbelasteten Lebensmitteln geschützt. Der Grund: die mangelhafte Arbeit der deutschen Lebensmittelkontrollen. In der Studie mit dem Titel „Pestizi-

de außer Kontrolle II“ heißt es u. a., dass die Länder zu selten kontrollierten und die staatlichen Untersuchungslabore meistens nicht auf dem notwendigen technisch-wissenschaftlichen Stand seien. Nur sechs Bundesländer sorgten für Verbrauchers-transparenz, indem sie aktuelle Untersuchungsergebnisse im Internet veröffentlichten. Greenpeace forderte von Bund und Ländern wirksame Kontrollen sowie Lebensmittel ohne Pestizidbelastung. (mbu) Studie:

<http://de.einkaufsnetz.org/download/21924.pdf?PHPSESSID=da7dbb9adcb207d92cabf6f5538ac7a6>

### Demonstrationen beim weltweiten Aktionstag gegen Agro-Gentechnik

Am 8. April fand der weltweite „GMOopposition Day“ statt. Auf allen Kontinenten demonstrierten Menschen gegen die Agro-Gentechnik. In Paris fand eine internationale Videokonferenz mit prominenten Gentechnik-Kritiker/innen und Aktivisten statt. In Deutschland demonstrierten Initiativen in mehreren Städten. Zu einer Protestdemonstration am Vortag kamen 300 Menschen und 20 Traktoren vor der Deutschland-Zentrale von Monsanto in Düsseldorf zusammen. Mehrere Redner/innen wiesen auf die 2006 bevorstehenden Entscheidungen hin. Der Demonstrationszug führte durch die Innenstadt bis zum Landtag von Nordrhein-Westfalen. Aufgerufen hatten mehrere BUND- und Greenpeace-Gruppen, Attac, Demeter NRW und kleinere Initiativen. In Stuttgart trafen sich Aktive zur Diskussion und Vorbereitung des ersten Aktionswochenendes zu Pfingsten in Süddeutschland. (db)

<http://altercampagne.free.fr>  
[www.attac.de/wtal-agrar](http://www.attac.de/wtal-agrar)  
[www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)

### Gentechnikgegner/innen planen weitere „Feldbefreiungen“

Die Initiative „Gendreck weg“ plant in den kommenden Monaten weitere so genannte Feldbefreiungen. Sie protestiert mit den Aktionen gegen den in Deutschland 2005 erstmals zugelassenen kommerziellen landwirtschaftlichen Anbau von genmanipulierten Pflanzen. Dabei setzt die Initiative auf das Mittel des gewaltfreien zivilen Ungehorsams und orientiert sich bei den Aktionen am Vorbild der französischen Bewegung der „Fauçeurs volontaires“ („freiwillige Mäher“). Gemeinsam mit diesen soll die erste Feldbefreiung am 5. Juni in München stattfinden, eingebettet in ein Aktionscamp über das gesamte Pfingst-

wochenende. Parallel dazu findet eine Aktion gegen ein Versuchsfeld mit Genkartoffeln in Gießen statt. Eine weitere Aktion ist für den 30. Juli in Brandenburg geplant. Bei der letztjährigen Aktion war es trotz eines massiven Polizeiaufgebotes gelungen, öffentlich Genmais auf einem Feld nahe Strausberg, einer Vorstadt Berlins, auszureißen. (mbu, mb)  
[www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)

## Stromkennzeichnung nicht transparent

Nach 100 Tagen Stromkennzeichnung hat Greenpeace im März die Umsetzung des entsprechenden Gesetzes unter die Lupe genommen. Die Organisation untersuchte die Darstellung ausgewählter Energieunternehmen, aus welchen Energieträgern sie ihren Strom herstellen und welche Umweltauswirkungen damit verbunden sind. Das Ergebnis: Die derzeitige Form der Stromkennzeichnung verhindert wegen der unterschiedlichen Darstellungen, dass Verbraucher die Angebote einfach vergleichen können. Greenpeace fordert daher von der Bundesregierung, die Stromkennzeichnung gesetzlich so festzulegen, dass sie dem Verbraucher Transparenz und Vergleichbarkeit bietet. (mbu)  
Vergleich der Stromanbieter:  
[www.greenpeace.de/energiepolitik](http://www.greenpeace.de/energiepolitik)  
(„Stromkennzeichnung“)

## Verbraucherinformationsgesetz online

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat auf seiner Homepage den Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (Verbraucherinformationsgesetz - VIG) veröffentlicht. Mit dem geplanten Gesetz soll die Befugnis der Behörden, von sich aus die Öffentlichkeit zu informieren, erheblich ausgeweitet werden. Der Entwurf sieht vor, auch Produkt- und Herstellernamen zu nennen. Verbraucher/innen bekommen mit dem Recht auf Zugang zu Informationen, die den Behörden vorliegen, erstmals ein bundeseinheitlich geltendes Auskunftsrecht. (mbu)  
Gesetzentwurf:  
[www.bmelv.de/cln\\_044/nn\\_751678/DE/02-Verbraucherschutz/Verbraucherinformationsgesetz.html\\_\\_nnn=true](http://www.bmelv.de/cln_044/nn_751678/DE/02-Verbraucherschutz/Verbraucherinformationsgesetz.html__nnn=true)

## Lesenswert

### Permakultur in Deutschland

Die Monatszeitung für Selbstorganisation „Contraste“ hat im März eine Schwerpunktausgabe über Permakultur herausgebracht. Der Begriff leitet sich vom englischen „permanent agriculture“ ab und wurde von den australischen Landschaftsplanern Bill Mollison und David Holmgren geprägt. 1981 erhielt Mollison für sein Konzept den Alternativen Nobelpreis. Er definiert Permakultur als integriertes, sich selbst entwickelndes System aus mehrjährigen und sich selbst vermehrenden einjährigen Pflanzen und Tierarten, die für den Menschen nützlich sind. Grundgedanke ist das nachhaltige Wirtschaften in ökologischen Kreisläufen. Das Heft bringt Basisinformationen, Interviews und Berichte über erfolgreiche Projekte. Die prägnanten, sachlichen Beiträge liefern einen Querschnitt durch die deutsche Permakultur-Landschaft. (mb)

Alternative Permakultur, Contraste 258, Heidelberg 2006, 16 S. (A3), 5,- Euro; Tel. 06221 / 162467, [www.contraste.org](http://www.contraste.org)

### Die Politik der Europäischen Union für den ländlichen Raum

Das Diskussionspapier des Zentrums Technik und Gesellschaft (ZTG) informiert über den Zwischenstand der Verordnung über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und ihrer Umsetzung in Deutschland. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Möglichkeiten die ELER-Verordnung für eine nachhaltige ländliche Entwicklung eröffnet und welche Grenzen sie setzt. Die Verfasser gehen von der These aus, dass die Verordnung zwar ein großes Potenzial bietet, dieses aber bei ihrer Umsetzung nicht fruchtbar gemacht wird, weil einer nachhaltigen ländlichen Entwicklungspolitik eine gesellschaftliche und politische Lobby fehlt. (mbu)

Die ELER-Verordnung, nachhaltige ländliche Entwicklung und die ökologische Land- und Ernährungswirtschaft, ZTG Discussion paper 23/06, April 2006, 64 S., PDF-Download (380 kB):  
[www.regionalerwohlstand.de/dwn/318.pdf](http://www.regionalerwohlstand.de/dwn/318.pdf)

### Handbuch zur Biotechnologie: Analysen und Gegenstrategien

Die Biotechnologie durchdringt nach und nach alle Formen von Organismen, verbunden mit einer Verwertung und Privati-

sierung. Den meisten Menschen macht der Eingriff in evolutionär entwickelte Organismen und allgemein in die Umwelt vor allem Angst. Tief sitzt die Furcht vor vermischten Wesen und unreinem Essen. In einer genauen Analyse der kulturellen und religiösen Wurzeln dieser Angst vor dem Unbekannten und dem positiven Bezug zur Reinheit entdecken die Autor/innen ideologische und rhetorische Probleme, die der Durchdringung und Integration unter dem Paradigma schneller Profite entgegenstehen. Aus einer differenzierten Analyse dieser Probleme ergeben sich Anknüpfungspunkte einer intervenierenden Politik, deren Ziel die Verwandlung der Angst in Skepsis ist. Mit ihrem Modell der unscharfen biologischen Intervention zeichnen die Autoren praktische Handlungsrahmen auf, die aus dem Maßnahmenkatalog der Industrie stammen. (db)

Beatriz da Costa u.a. (CAE): Die molekulare Invasion - Strategien gegen die Biotechnologie, Unrast Verlag, Münster 2006, 160 S., 14,- Euro, ISBN 3897714450

### Neu: Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Das Bundesamt für Verbraucherschutz (BVL) gibt seit Februar das Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (JVL) heraus. Es informiert in Form von Themenheften mit aktuellem Bezug aus den Bereichen Lebensmittel, Futtermittel, Pflanzenschutzmittel, Tierarzneimittel und Gentechnik. Die wissenschaftlichen Beiträge kommen aus der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung sowie der administrativen Überwachungstätigkeit. Sie werden durch amtliche Mitteilungen, Ankündigungen und Berichte des BVL ergänzt. Die Zeitschrift richtet sich an alle, die mit Gentechnik, Lebens- und Futtermittelsicherheit oder Landwirtschaft zu tun haben. (mbu)

BVL (Hrsg.): Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Einzelheft 15,- Euro, Jahresabonnement 55,- Euro; Bezug: BVL, Redaktion JVL, Tel. 01888 / 413-3024; Online-Bestellung: [www.bvl.bund.de/cln\\_027/nn\\_824960/DE/08\\_PresselInfothek/06\\_jvl/jvl\\_\\_node.html\\_\\_nnn=true](http://www.bvl.bund.de/cln_027/nn_824960/DE/08_PresselInfothek/06_jvl/jvl__node.html__nnn=true)

## Gastbeitrag Weg vom Öl - aber wohin?

### „Neue“ erneuerbare Energien mit zweifelhaften Ansätzen

Der Auswirkungen des Klimawandels werden immer offensichtlicher, das Erdöl knapper - und die internationale Atomindustrie wittert Morgenluft. Mit dem vermeintlich nahe liegenden Argument, dass sie keinerlei Treibhausgase produziere, drängt sie zu einem Wiedereinstieg in die Erzeugung von „sauberem“ und „sicherem“ Atomstrom.

In Deutschland denkt die neue Regierung über eine Verlängerung der „Restlaufzeiten“ nach, während die Industrie gleichzeitig offen von einem Wiedereinstieg spricht - natürlich nur, um das Klima zu retten. Brasilien, das bereits zwei mehr oder weniger funktionierende Reaktoren und einen dritten seit über zehn Jahren in Bau hat, plant mit Hilfe von Siemens gleich sieben neue Nuklearkraftwerke; China will in den nächsten Jahren gleich mehrere Dutzend Atomreaktoren bauen.

### 100 Tonnen strahlender Abraum für ein Kilogramm Uran

Doch die Atomreaktorindustrie ist weder eine saubere noch sichere Sache, noch schützt sie vor dem Treibhauseffekt. Denn geflissentlich verschweigen und verdrängen die Atomkonzerne wie Siemens und die auf Atomkraft setzenden Regierungen, dass bereits für die Erzeugung des Kernbrennstoffs Uran ein hoher ökologischer und sozialer Preis gezahlt werden muss. „Seit Anfang der 1940er Jahre, als in Kanada und Afrika das erste Uran aus der Erde geholt wurde, sterben Menschen an den Folgen von Uranabbau und strahlendem Müll“, sagt der Münchner Umweltaktivist und Journalist Claus Biegert, der 1992 das legendäre World Uranium Hearing in Salzburg veranstaltet hatte, wo erstmals die Opfer des Uranabbaus zu Wort kamen (siehe Kasten). Er spricht von 40.000 Toten, die jährlich auf das Konto der Uranindustrie gehen. „Auf eine Tonne Uran“, so Biegert, „kommen 100.000 Tonnen strahlender Abraum, der oft einfach sich türmt, Wind und Regen preisgegeben. Und die dort lebenden Menschen sind dem ausgeliefert, ob sie wollen oder nicht.“

### Großstaudämme wieder ökologisch?

Auch die schon vor über zwanzig Jahren als ökologisch unverträglich identifizierte

Staudammindustrie präsentiert sich mit ihren Großkraftwerken auf dem internationalen Parkett wieder als eine umweltfreundliche, „erneuerbare“ und zur Rettung des Weltklimas notwendige Energiequelle. Vergessen sind die Millionen von Menschen, meist Ureinwohner und traditionelle Bevölkerungsgruppen, deren Wälder und Ackerland rücksichtslos unter Wasser gesetzt wurden und in riesigen Stauseen versanken. Vergessen auch, dass diese Stauseen oft mehr Treibhausgase in Form von Methangas und anderen Faulgasen produzieren, als sie durch die Stromerzeugung einsparen.

### Biokraftstoffe - gar nicht „bio“

Die dritte, angeblich umweltfreundliche, „erneuerbare“ Energiequelle, die neuerdings unsere Abhängigkeit vom Erdöl beseitigen und unsere Umweltprobleme lösen soll, kommt als „Biosprit“, „Bioalkohol“ oder „Biodiesel“ daher. Alkohol, genauer Ethanol, hergestellt aus konventionellen, mit Kunstdünger und Pestiziden angebauten Zuckerrüben, Zuckerrohr oder Mais, trägt damit jetzt die Vorsilbe „Bio“ und gilt als umweltfreundlich. Schon seit langem fahren Brasiliens Autos zu über 40 Prozent mit diesem „Biosprit“. Nun will Brasilien, dessen Zuckerrohranbaufläche schon auf 5,7 Millionen Hektar angewachsen ist - zu Lasten von Tropenwald und kleinbäuerlicher Nahrungsmittelproduktion -, auch den Weltmarkt für Biotreibstoffe erobern. Rund 2,5 Milliarden Liter seiner Ethanolproduktion aus Zuckerrohr exportiert Brasilien bereits, vor allem in die USA und nach Indien.

### Schöne neue Energiepflanzen

Bislang drehte sich die Biotreibstoff-Diskussion in Deutschland vor allem um die eigenen Bauern und Absatzchancen. Aber beflissentlich unter den Tisch gekehrt wird die Tatsache, dass der Rohstoff dieser so genannten Biotreibstoffe längst auch aus den Tropen kommt. Biodiesel aus Palmöl beispielsweise, erzeugt mit unerträglichen sozialen und ökologischen Kosten wie Regenwaldabholzung, Gewässervergiftung und Vertreibung lokaler Bevölkerungsgruppen.

Ein anderer Aspekt in der Diskussion um die Energiepflanzen steht gleichfalls meist nur zwischen den Zeilen und kaum in den Überschriften: Die Gentechnik-Fantasien der Life-Science-Forscher. Sie setzen auf gentechnisch veränderte Energiepflanzen: Bäume beispielsweise, in denen Gene ein-

### Uran-Hearing

„Das Ziel des World Uranium Hearings war, einem ausgewählten Kreis von Menschen des öffentlichen Lebens die Chance zu geben, denen gegenüberzustehen, die die Leidtragenden unseres „Way of Live“ sind. Man könnte auch ein Erdöl-Hearing, ein Kaffee-Hearing machen, man könnte viele Hearings machen, denn erst, wenn ich den Leuten in die Augen blicke, flicke ich wieder die Nabelschnur, die durchtrennt ist. Denn all dies, was wir tun, funktioniert ja nur, weil ich nicht weiß, wer die Leidtragenden sind. Was sind die Konsequenzen meines Handelns? Sobald ich es wüsste, hätte ich Schwierigkeiten. Und als Journalist kommt eigentlich die Pflicht auf mich zu, diese Verbindung herzustellen.“<sup>1</sup>

gepflanzt sind, die zur Steigerung der Alkoholausbeute die Bildung von Blüten verhindern, wie kürzlich im Wissenschaftsmagazin Science vorgeschlagen. Was werden wohl Imker sagen, wenn auf Tausenden von Hektaren Bioethanol-Wälder ohne Blüten wachsen, oder wenn sich gar dieses „Anti-Blüten-Gen“ - von den Gentechnikern ungewollt - in der Natur weiterverbreiten sollte?

### Alles andere als eine Verkehrswende

Seit dem ersten Club-of-Rome-Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972 wissen wir, dass der verschwenderische Ressourcenverbrauch so nicht weitergehen kann, will die Menschheit in ihrem Ökosystem Erde überleben. Und einer der größten Verbraucher ist nun einmal der Individualverkehr. Das Auto für jeden, so das Worldwatch Institute, „führt nicht in ein zukunftsfähiges Jahrhundert.“ Es ist zu kurz gegriffen und der falsche Ansatz, wenn wir lediglich fossile Treibstoffe durch andere austauschen, aber trotzdem immer mehr Autos in die Welt setzen und immer mehr LKWs quer durch Europa schicken. Ressourcen- und Flächenverbrauch werden dadurch nicht geringer, die Luft nicht wirklich besser. Und die verstopften Straßen werden auch nicht leerer, nur weil die Tankstellen Biodiesel verkaufen.

<sup>1</sup> Claus Biegert, Experte für indigene Völker und Initiator des World Uranium Hearings und des Nuclear-Free Future Award. Interview: [www.bio100.de/html/body\\_n\\_suchanek\\_19.html#n19-0Biegert](http://www.bio100.de/html/body_n_suchanek_19.html#n19-0Biegert)

**Energie sparen, ÖPNV, Wind- und Solarenergie - die echten Alternativen**

Die wunderbare Welt der Energiepflanzen, die Propaganda umweltfreundlicher Atomkraftwerke oder ökologischer Großstaudämme: Alles leider nur Mogelpackungen zur Aufrechterhaltung des Trugbilds, dass sich unsere globalisierte, Energie fressende, automobilisierte Gesellschaft, dass sich unser konsumorientierter Lebensstil nicht ändern muss - und damit auch Siemens, Nestlé, Daimler und Co. weitermachen können wie bisher.

Die richtigen Antworten auf den Klimawandel hingegen sind nicht so neu: Biogas ja, aber nicht von extra dafür angebauten Pflanzen produziert, sondern aus unseren ohnehin täglich anfallenden Fäkalien und Pflanzenreststoffen. Wasserkraft ja, aber aus Kleinstkraftwerken mit einem minimierten Einfluss auf die Flussökologie. Und natürlich die Nutzung von Wind und Sonne. Es gilt die Windkraft sowie die Solarenergie, den Einsatz der Sonne zur dezentralen Strom- und Wärmeerzeugung weiter auszubauen - und Energie zu sparen. Durch Wärmedämmung, durch Senkung des individuellen Stromverbrauchs, durch Nutzung von Bahn, Bus und Rad. ■

Gastautor: Norbert Suchanek, Ecotourismwatch

- **Weitere Informationen**

Claus Biegert, Nuclear-Free Future Award, Schellingstr. 24 Rgb., 80799 München  
Tel. 089 / 28659714  
eMail: cb@nuclear-free.com  
www.nuclear-free.com

Norbert Suchanek, Ecotourismwatch, Rio de Janeiro, Brasilien  
Tel. 0055 21 / 99118247  
eMail: norbert.suchanek@online.de  
www.bio100.de

**70 Milliarden für die Energieversorgung****Nationales Energiekonzept soll Importabhängigkeit und Preise senken**

Rund 70 Milliarden Euro sollen bis 2012 in die deutsche Energieversorgung investiert werden. Davon wollen die großen Energieunternehmen 30 Milliarden Euro in den Bau von Kraftwerken und Netzen stecken. Die Erneuerbare-Energien-Branche sagte bis zu 40 Milliarden Euro Investitionen zu. Das ist das wichtigste Ergebnis des so genannten Energiegipfels, zu dem Anfang April Kanzlerin Angela Merkel geladen hatte. Ziel des Gipfels war es, mit der Arbeit an einem nationalen energiepolitischen Gesamtkonzept zu beginnen. Es gehe darum, die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, den Preisanstieg zu stoppen und die umweltpolitischen Herausforderungen des Klimaschutzes in den Blick zu nehmen, sagte die Kanzlerin.

**Verbraucherzentralen: Mehr über Energiesparen reden**

Am Gipfel nahmen Kabinettsmitglieder, Vertreter aus der Energiewirtschaft sowie gesellschaftliche Gruppen teil, darunter der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Aus Umwelt- und Verbrauchersicht, so der vzbv, fehlte beim Gipfel ein entscheidendes Thema: die Energieeffizienz. Der vzbv rechnet entgegen den Ankündigungen der Konzerne mit steigenden Energiepreisen. Verbraucher bräuchten daher z. B. ein Recht auf Mietminderung bei unsachgemäßer Wärmedämmung. Außerdem müsse endlich der Gebäude-Energiepass eingeführt werden. Im September soll der nächste Energiegipfel mit folgenden Schwerpunktthemen stattfinden: Energieimporte, Versorgungssicherheit und Strompreise sowie Energieeffizienz und Innovationen. (mbu) ■

- **Weitere Informationen**

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: presse@bmu.bund.de  
www.bmu.de

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518  
eMail: info@vzbv.de  
www.vzbv.de

**Christdemokraten gegen Atomkraft nutzen Ökostrom****CDAK: AKW-Betrieb ist „volkswirtschaftliche Idiotie“**

Die im Bundesverband Christliche Demokraten gegen Atomkraft (CDAK) organisierten Unions-Mitglieder haben gegen einen „vernunftmäßig unreflektierten Nuklear-Lobbyismus“ protestiert und beziehen seit März Ökostrom von den Elektrizitätswerken Schönau (EWS). Der Betrieb von Atomkraftwerken sei „volkswirtschaftliche Idiotie, weil jede Kilowattstunde Atomstrom die Volkswirtschaft mit 2 Euro belastet“, hieß es in der Begründung der 818 Atomkraftgegner aus CDU und CSU. Der Weiterbetrieb von AKW bedeute, mit den Lebens- und Zukunftschancen russisches Roulette zu spielen. Ausschlaggebend für die Entscheidung zum Wechsel des Stromanbieters war eine wissenschaftliche Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums.

**EWS verkauft nur sauberen Strom und ist konzernunabhängig**

Der CDAK verwies darauf, dass sich 2004 in einer Emnid-Umfrage die Unionswähler mehrheitlich gegen eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten ausgesprochen haben. Die EWS, bundesweit als „Schönauer Stromrebell“ bekannt, betonen, dass ihr Strommix aus Wasserkraft (85 Prozent) und Kraft-Wärme-Kopplung (15 Prozent) komplett von umweltfreundlichen Stromproduzenten stammt, die nicht mit der Atomlobby verflochten sind. Besonders Wert legen die EWS auf den Neubau dezentraler Energieerzeugungsanlagen. Der CDAK will gemeinsam mit den Elektrizitätswerken Schönau auf eine nachhaltige und zukunftsfähige Energiewirtschaft hinarbeiten. (mbu) ■

- **Weitere Informationen**

EWS - Elektrizitätswerke Schönau, Friedrichstr. 53-55, 79677 Schönau  
Tel. 07673 / 888-50, Fax -519  
eMail: info@ews-schoenau.de  
www.ews-schoenau.de

Bundesverband christliche Demokraten gegen Atomkraft (CDAK), Postfach 421713, 55072 Mainz  
Tel. 0171 / 1049920  
www.asamnet.de/oeffentl/bi/030605a.htm

## 20 Jahre nach Tschernobyl: Energiewende wird möglich

### Sigmar Gabriel: Atomenergie birgt „prinzipielle Sicherheitsrisiken“

Zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April forderten Umweltverbände einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Laut einer Studie des BUND sind 62 Prozent der Deutschen für die Abschaltung der AKW, nur 20 Prozent sind für längere Laufzeiten. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel bezeichnete den Atomunfall von 1986 als „tragisches Symbol der Energiewende“. Tschernobyl habe der Welt demonstriert, „dass die Atomenergie mit prinzipiellen Sicherheitsrisiken verbunden“ sei. Er forderte einen „zukunftsfähigen Energiemix“, unabhängig von fossilen und nuklearen Energieträgern.

Nach Angaben des Bundesverbands Erneuerbare Energien (BEE) könnte in Deutschland in zehn Jahren mit Sonne, Wind und Co. So viel Strom produziert werden wie derzeit mit allen AKWs zusammen, vorausgesetzt es bleibe beim gegenwärtigen Ausbau- und Forschungstempo. Erneuerbare Energien seien die Alternative zu Atomstrom, der aus immer älteren und unsichereren Kraftwerken stamme. Sie seien dabei so leistungsfähig, dass sie nicht nur den Atomausstieg kompensieren, sondern auch einen großen Teil der fossilen Stromerzeugung ersetzen könnten, so der Verband.

### Studie: 44 Prozent der Fläche Deutschlands wurden kontaminiert

Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW kritisierte die Atomenergiebehörde IAEO, die die Zahl der Tschernobyl-Opfer als viel zu niedrig ansetze. Die Angaben der IAEO seien „falsch und wissenschaftlich nicht zu halten“. Die IPPNW rechnet mit zusätzlich 25.000 Krebstoten.

In einer weiteren Studie (TORCH: The Other Report on Chernobyl) im Auftrag der Europaabgeordneten Rebecca Harms (Grüne) stellten Gutachter fest, dass durch den Fallout, den nuklearen Niederschlag aus Tschernobyl, 44 Prozent der Fläche Deutschlands zumindest schwach kontaminiert worden sei. Am stärksten habe es den Süden Bayerns getroffen. Außerdem sei mehr Radioaktivität frei geworden als ursprünglich angenommen. Neuere Schätzungen kämen auf 30 Prozent mehr Cäsium 137. Der Stoff gilt als

hochgradig krebserregend. Auch die Verfasser dieser Studie gehen deshalb in ganz Europa von zusätzlichen Krebskranken aus. Allerdings werde es schwierig sein, Krebserkrankungen auf Tschernobyl zurückzuführen. Manche Krankheiten träten erst mit mehr als 20 Jahren Verzögerung auf. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: presse@bmu.bund.de  
www.bmu.de

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-21, Fax -40  
eMail: thorben.becker@bund.net  
www.bund.net

Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE), Teichweg 6, 33100 Paderborn  
Tel. 05252 / 939800, Fax / 52945  
eMail: info@bee-ev.de  
www.bee-ev.de

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), Atomkraftexperte Henrik Paulitz, Körtestr. 10, 10967 Berlin  
Tel. 030 / 698074-0  
eMail: paulitz@ippnw.de  
www.ippnw.de

TORCH-Studie:  
www.greens-efa.org/  
cms/default/dok/118/  
118737.tschernobylstudie@de.htm

## Kurzmeldungen

### Ausstellung „EnergieDschungel“: Ölförderung bedroht Regenwald

Die Ölförderung bedroht das Ökosystem Amazonas-Regenwald und die Rechte indigener Völker, die den Regenwald seit Jahrhunderten nachhaltig bewirtschaften. In der Wander-Ausstellung „EnergieDschungel“ lässt die Umweltorganisation Vamos die betroffenen Menschen zu Wort kommen und bezieht Stellung für die Rechte der Ureinwohner und für den Klimaschutz. „EnergieDschungel“ stellt Möglichkeiten dar, wie Menschen sich für die Interessen von Indigenen, den Schutz des Regenwaldes und lokalen Klimaschutz engagieren können. Die Ausstellung wurde an bisher über 15 Orten präsentiert. Vamos bietet Interessenten ein „Rundum-Sorglos-Paket“ mit verschiedenen Serviceleistungen wie kostenlosen Flyern und Plakaten für die Werbung an. Die Entleihegebühr für die Ausstellung beträgt 300 Euro für zwei Wochen, bei längerer Ausleihe ist ein Rabatt möglich. (mbu) Vamos, Münster, Tel. 0251 / 45431, www.vamos-muenster.de

### Energiepass ohne Aussagekraft?

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee wollen beim Gebäudeenergiepass auch eine verbrauchsabhängige Variante zulassen. Ursprünglich war nur ein bedarfsorientierter Pass vorgesehen, der alle Immobilien nach ihrer Bauqualität und ihrem Heizungssystem in Effizienzklassen, ähnlich wie bei Kühlschränken, einteilen sollte. Mieter oder Käufer hätten dann sofort erkennen können, wie energieeffizient eine Immobilie ist. Der verbrauchsabhängige Pass bewertet dagegen nicht die objektive Qualität des Gebäudes, sondern den realen Energieverbrauch. Da Heizgewohnheiten unterschiedlicher Bewohner variieren, lassen sich daraus kaum Rückschlüsse auf die Gebäudequalität ziehen, monieren Experten. Die Deutsche Energie-Agentur (dena) fordert daher den bedarfsorientierten Pass. Das Bundesumweltministerium hat sich noch nicht zur Glos/Tiefensee-Option geäußert. Da der Bundesrat noch zustimmen muss, wird die Verordnung vermutlich erst 2007 in Kraft treten können. Nach der EU-Gebäude-Richtlinie hätte der Pass schon seit Januar eingeführt sein müssen. (mbu) dena, Berlin, Tel. 030 / 726165-600, www.dena.de

**SPD-Experte warnt: Auch Erdgas wird bald knapp**

Hermann Scheer, SPD-Energieexperte und Präsident von Eurosolar, hat eindringlich vor einer Verlängerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern gewarnt. Es sei eine Illusion, dass die Energieprobleme sich durch Gas lösen ließen. Dafür reichten auch die Reserven des russischen Gazprom-Konzerns nicht aus, zumal dessen Preise mittelfristig auf dem Weltmarkt bestimmt und daher weiter steigen würden. Der Öffentlichkeit werde immer wieder erklärt, es gebe noch genug Ressourcen. Das seien nur Beschwichtigungen. Die Internationale Energieagentur und die Regierungen, die weiter auf Öl und Gas als Zukunftsoption setzten, nannte Scheer „strategisch blind“. Er forderte eine „Kernstrategie für Erneuerbare Energien“. Dass diese nicht ausreichten, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu decken, sei „die große Energielücke unserer Zeit.“ (mb)

Quellen: Netzeitung 21.04.06, bio100.de  
Umweltnachrichten 04/06

**Lesenswert****Förderkompass Energie**

Wer fördert in Flensburg den Einbau von Solaranlagen? Wird die Gemeinde Holzkirchen beim Einbau eines Biomasseheizwerks unterstützt? Fragen, die sich mit Hilfe des Förderkompasses Energie beantworten lassen. Der Förderkompass informiert Energie sparende Maßnahmen und Erneuerbare Energien. Alle relevanten Förderprogramme von EU, Bund, Ländern, Kommunen und Energieversorgern können nach Art, Standort und Zielgruppe des Vorhabens recherchiert werden. Neben einer Beschreibung des jeweiligen Förderprogramms bietet die Datenbank Antragsformulare, Merkblätter und Originaltexte der Richtlinien im PDF-Format. Die Adressen der Fördergeber und Antragsstellen sowie weiterführende Links ergänzen das Angebot. Die Datenbank ist für die individuelle Kundenberatung, für Bauherren wie für Industrie, Gewerbe, Kommunen oder Vereine einsetzbar. Sie ist eine Weiterentwicklung der bekannten Datenbank FISKUS. Vor allem die Aktualisierung der Daten über das Internet wurde verbessert. (mbu)

Förderkompass Energie, Datenbank mit 24h-Internet-Aktualisierungsservice, 49,-Euro pro Jahr; Hrsg./Bezug: BINE, Fax 0228 / 92379-29, [www.bine.info/foerderung.php](http://www.bine.info/foerderung.php)

**Die Energiefälle - Rückblick auf das Erdölzeitalter**

Das Buch beschreibt das Dilemma der Energieversorgung aus fossilen und atomaren Quellen, deren Endlichkeit die Menschen dazu zwingt, sich einem neuen Versorgungssystem zu stellen. Im Mittelpunkt steht dabei die solare Energieversorgung. Sie ist nach Auffassung des Autors der beste Weg, um aus der „Energiefälle“ herauszukommen. Er prognostiziert, dass künftige Generationen „mit Staunen“ auf das Erdölzeitalter zurückblicken und es als kurze Epoche in der Geschichte der Menschheit betrachten werden. (mbu)

Wolfgang Gründinger: Die Energiefälle. Rückblick auf das Erdölzeitalter, München 2006, 288 S., 12,90 Euro, ISBN 3-406-54098-8

**Frauen aktiv gegen Atomenergie**

Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl entstanden an vielen Orten Gruppen der „Mütter gegen Atomkraft“. 20 Jahre spä-

ter veröffentlicht die Leitstelle für Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit (genanet) eine Auswahl der damaligen Reaktionen von Frauen. Das Buch enthält persönliche Erinnerungen an die Zeit nach dem Unfall, die Verunsicherung, die Wut und den Widerstand. Außerdem finden Leser/innen Analysen der aktuellen Atompolitik und die Einstellung der Frauen dazu. (mbu)

genanet/Ulrike Röhr (Hrsg.): 20 Jahre Tschernobyl. Frauen aktiv gegen Atomenergie - wenn aus Wut Visionen werden, Frankfurt/M. 2006, 196 S., 19,90 Euro, ISBN 3-8334-4592-0

**Wetterkatastrophen und Klimawandel**

Der Sammelband der GeoRisikoForschung der Münchener Rückversicherung legt eine umfassende Bestandsaufnahme zum Klimawandel vor. In Einzelbeiträgen erklären Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Ursachen, Auswirkungen und Zusammenhänge der globalen Entwicklung. Das Themenspektrum reicht dabei vom Blick in die Klimageschichte über das Wetterphänomen El Niño bis hin zur Diskussion über moderne Klimamodelle und die Argumente der so genannten Klimaskeptiker. Im Anschluss daran werden mögliche Handlungsoptionen für Politik und Gesellschaft vorgestellt sowie Chancen und Risiken für das Versicherungswesen besprochen. Zahlreiche Grafiken und Bilder runden das Buch ab. (db)

Münchener Rück (Hrsg.): Wetterkatastrophen und Klimawandel - Sind wir noch zu retten?, pg verlag, München 2005, 264 Seiten, 29,90 Euro, ISBN 3-937624-80-5

**Der Klimawandel**

Spätestens seit den zahlreichen Hurrikan-katastrophen im vergangenen Jahr ist der Klimawandel im öffentlichen Bewusstsein. Doch was bedeutet eigentlich Klimawandel, welche Faktoren sind für das Klima verantwortlich? Und welche Maßnahmen gibt es dagegen? Die Autoren des Buches beschreiben die Klimageschichte und geben einen verständlichen Überblick über den aktuellen Wissensstand. Sie erläutern, welche Folgen auf Mensch und Natur zukommen, und zeigen Lösungswege auf. (mbu)

Stefan Rahmstorf/Hans-Joachim Schnellhuber: Der Klimawandel, München 2006, 144 S., 7,90 Euro, ISBN 3-406-50866-9



## Gastbeitrag Wie wollen wir leben?

### Zukunftsfähige Lebensstile lernen und lehren: Tagung in NRW

Die Vereinten Nationen rufen zur Mitarbeit auf: Bildung für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung ist ein wichtiger Beitrag für Fortschritt und Lebensqualität im Norden und Süden.

Nordrhein-Westfalen ist im März 2005 in Düsseldorf mit einer Auftaktveranstaltung gestartet. Mehr als 450 Teilnehmer arbeiteten u. a zu Theorie und Praxis von Kooperationen Schule - Wirtschaft, zu neuen Wegen im Grundschulbereich, Multikulti...

Die erste Tagung mit einem thematischen Schwerpunkt fand im April 2005 in Iserlohn statt. Mehr als 40 Akteure und Pädagoginnen und Pädagogen beschäftigten sich mit den Bildungsaspekten der Frage „Wie wollen wir leben?“

Der „Tanz ums goldene Kalb“ - ein Kunst- und Konsumprojekt einer 10. Hauptschulklasse (siehe Kasten) - war zum Einstieg in die Tagung eines der ermutigenden Praxisbeispiele aus dem Themenschwerpunkt nachhaltiger Konsum. Das Projekt zeigte, wie der abstrakte Begriff „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in lebendiger und positiver Form praktisch umgesetzt und in die Breite getragen werden kann.

#### Das goldene Kalb

Anlässlich der Abschlussfeier 2005 stellten sich die Schüler/innen eines Kunsturses die Fragen: Wie möchten wir leben? Was ist uns wichtig? Was sind unsere „Götter“? Schnell wurde deutlich, dass Geld eine ganz wichtige Rolle spielt, aber z. B. auch Fußball, Leben in der Stadt, Drogen, Liebe und Sex. Ein „Goldenes Kalb“ zeigte sowohl die Bedeutung des Mammons als auch all das, was den Jugendlichen in ihrem Leben bislang wichtig war. In Form von hohen Stelen wurden weitere „Götter“ dargestellt, Gedichte und Texte dazu verfasst. Zusammen mit dem „Goldenen Kalb“ wurden die Stelen in einer Inszenierung des Balletts Schindowsky im Musiktheater Gelsenkirchen mit Liedern aus „Carmina Burana“ und 140 Schüler/innen eingesetzt, gleichzeitig wurde mit den Objekten die Abschlussfeier an der Hauptschule gestaltet.

Damit leistete die Tagung „Wie wollen wir leben? Nachhaltigen Konsum und zukunftsfähige Lebensstile lernen und lehren“ einen grundlegenden Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2005-2014“ in NRW.

### Konzepte und Beispiele für die Bildungsarbeit an Schulen...

Im Rahmen der UN-Dekade wollen die Veranstalter - Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung, Evangelische Akademie Iserlohn, Landesinstitut für Schule, Verbraucherzentrale NRW - durch die erstmalige Kooperation neue Zielgruppen erreichen und motivieren. Einiges ist schon auf den Weg gebracht. So arbeiten im Programmelement „Agenda 21 in Schule und Jugendarbeit“ inzwischen über 900 Schulen zu Themen und Inhalten der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Durch die Zusammenführung der verschiedenen Erfahrungen und Ressourcen auf Länderebene leisten diese Schulen mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der „Agenda 21 NRW“ im Bildungsbereich.

Zu Beginn der Tagung wurden die Ziele, Hintergründe, Rahmenbedingungen und Strukturen der UN-Dekade auf Bundes- und Landesebene abgesteckt. Anschließend wurden in einzelnen Workshops erfolgreiche Projekte, wie die Schulpartnerschaft einer Gelsenkirchener Hauptschule mit einer südafrikanischen Primary School, vorgestellt. Anhand der Beispiele diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Erfolgsfaktoren solcher Projekte und wie die Anregungen für die eigene Praxis umgesetzt werden können.

### ...und außerschulischen Einrichtungen

Die Stärkung des Zukunftssinns und die Bedeutung außerschulischer Lernorte und innovativer Methoden auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft wurden von allen aktiv Beteiligten betont. Für wichtig erachtet wurde auch, die Potenziale und Stärken des Einzelnen in den Vordergrund zu stellen und nicht die Defizite.

### Tagungsband mit Praxisbeispielen

Die im April erschienene Zusammenstellung der Tagungsbeiträge will Anregungen zum Weiterarbeiten liefern. Sie fasst die theoretischen Hintergründe zusammen, zeigt die Wege der Verstetigung von Inhalten, Methoden und Organisationsformen in Aus- und Fortbildungsstrukturen des Landes, stellt die praktischen Beispi-

le vor und ruft die Workshops in Erinnerung. Interessierten kann sie einen kurzen Einblick in die Themen Nachhaltiger Konsum und zukunftsfähige Lebensstile sowie in die Grundlagen der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ geben. Dabei liefert die Zusammenstellung der Tagungsbeiträge auch Ansatzpunkte zur vertieften Beschäftigung mit den Themenkomplexen. Die interessanten, fruchtbaren Diskussionen lassen sich leider nicht wiedergeben. Angefügt ist eine Adressübersicht der Praxisangebote und der Veranstalter.

Die erfolgreiche Kooperation der Veranstalter soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Geplant ist z. B. eine Veranstaltung „Schulen Unternehmen Nachhaltige Entwicklung“ im Herbst 2006. Wir hoffen, Sie bei einer der nächsten Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Gastautorin: Annette Dieckmann, ANU

### • Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft der Natur- und Umweltbildung (ANU), Annette Dieckmann, Philip-August-Schleißner-Weg 2, 63452 Hanau  
Tel. 06181-1804778, Fax -3049152  
eMail: [bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de)  
[www.anu.de](http://www.anu.de)

Tagungsreader mit Praxisbeispielen: „Wie wollen wir leben?“ - Nachhaltigen Konsum und zukunftsfähige Lebensstile lernen und lehren - Konzepte und Beispiele für die Bildungsarbeit an Schulen und außerschulischen Einrichtungen, Iserlohn 2006, 120 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: Landesinstitut für Schule NRW, Qualitätsagentur, Tel. 02921 / 683-307, eMail: [rolf.schulz@mail.lfs.nrw.de](mailto:rolf.schulz@mail.lfs.nrw.de)  
PDF-Download (5,5 MB): [www.verbraucherzentrale-nrw.de/mediabig/7472A.pdf](http://www.verbraucherzentrale-nrw.de/mediabig/7472A.pdf)

## Industrie bekennt sich zur Nachhaltigkeit

### Studie bescheinigt großes Interesse an nachhaltigem Wirtschaften

Laut einer Studie der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sind Unternehmen, die an einem Standort investieren wollen, an einem stabilen Umfeld interessiert. Dabei spielten besonders ökologische, arbeitsrechtliche und soziale Fragen eine Rolle. Besonders gelte dies in Entwicklungs- und Schwellenländern.

### Nachhaltigkeit als strategischer Erfolgsfaktor ungenutzt

Nahezu alle befragten Unternehmen bezeichnen nachhaltiges Wirtschaften als einen Faktor, der sich positiv auf Image und Wettbewerbsfähigkeit auswirkt. Jedoch fließen solche Aspekte bei den meisten Unternehmen auf gesamtstrategischer Ebene eher selten ein und haben kaum Einfluss auf das Kerngeschäft. Laut Studie kann man lediglich bei einem untersuchten Unternehmen von Nachhaltigkeit als integriertem Bestandteil der Managementstrategie sprechen.

### Vier zentrale Erfolgsfaktoren

Die Studie leitet vier zentrale Erfolgsfaktoren für nachhaltiges Wirtschaften ab: Die Verknüpfung von ökologischen und sozialen Aspekten mit langfristigen Unternehmenszielen, ein aktives Umfeldmanagement, die lokale Anpassung von Konzernstrategien und eine klare Prioritätensetzung im langfristigen Engagement. Branchenübergreifend wurden 20 international tätige Unternehmen - von Adidas bis TUI - befragt und die Ergebnisse in der Studie „Zukunftsfaktor Nachhaltiges Wirtschaften“ vorgelegt. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Postfach 5180, 65726 Eschborn  
Tel. 06196 / 79-0, Fax -1115  
eMail: [info@gtz.de](mailto:info@gtz.de)  
[www.gtz.de](http://www.gtz.de)

Studie: [www2.gtz.de/dokumente/bib/06-0182.pdf](http://www2.gtz.de/dokumente/bib/06-0182.pdf)

## Föderales Umweltrecht in der Kritik

### Verabschiedung der Föderalismusreform ist noch offen

Vor der größten Verfassungsänderung seit Bestehen der Bundesrepublik gibt es im Mai zahlreiche Expertenanhörungen zu verschiedenen Politikfeldern. Neben anderen steht vom 15. bis 18. Mai die Umweltschutzgesetzgebung auf der Tagesordnung. Die vorgesehenen Änderungen beim Umweltrecht werden von Umweltverbänden, den Grünen und Teilen der SPD kritisiert.

Nach dem jüngsten Elbe-Hochwasser forderte im April der Vize-Fraktionschef der SPD Ulrich Kelber die alleinige Kompetenz des Bundes beim Hochwasserschutz. Die Flut zeige, wie schädlich ein zersplittertes Umweltrecht sei. Die Große Koalition will den Ländern umfassende Befugnisse gegenüber dem Bundesrecht geben. Umweltverbände kritisieren die unterschiedliche Handhabung des Hochwasserschutzes durch die Länder seit langem. Aber nicht nur die Vorschläge zur Hochwasservorsorge verfehlen aus ihrer Sicht ein einfacheres, transparentes und europataugliches Gesetzgebungsverfahren.

### DNR fordert Umweltgesetzbuch

So monierte der DNR, dass es nach den derzeitigen Plänen zur Föderalismusreform wohl kein bundeseinheitliches Umweltgesetzbuch (UGB) geben werde. Der Dachverband setzt sich für ein Umweltgesetzbuch ein, das das Umweltrecht zusammenfassen, vereinheitlichen und entbürokratisieren soll. Die Grünen unterstützen ein solches UGB. Ziel der Reform müsse es sein, die Umweltpolitik zu stärken, sie europatauglicher zu machen und ihre Akzeptanz zu erhöhen. Außerdem, so die Grünen, nütze ein modernes Umweltrecht auch der Wirtschaft, weil die bisherigen unterschiedlichen Genehmigungsverfahren durch eine integrierte Vorhabensprüfung ersetzt werden könnten. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## Kurzmeldungen

### Regionalbewegung mit neuer Internetpräsenz und Broschüre

Der Bundesverband der Regionalbewegung hat vor dem bevorstehenden 3. Bundestreffen seine neue Internetpräsenz gestartet. Die Seite enthält Informationen über Aktivitäten, Kontakt- und Veranstaltungshinweise sowie aktuelle Meldungen. Gleichzeitig präsentierte der Verband seine neue Broschüre „Der Bundesverband vernetzt, bewegt und gewichtet die Stärken der Regionen“, die auf das Profil der Organisation verweist, die sich für die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und für den Erhalt der Lebensgrundlagen einsetzt. (ez)  
[www.regionalbewegung.de](http://www.regionalbewegung.de), Tel. 09852 / 1381

### Baubeginn für Landbahnverlängerung am Mühlenberger Loch

Das Verwaltungsgericht Hamburg entschied Ende April, den Baustopp für die Landbahnverlängerung im Hamburger Airbuswerk aufzuheben. Die Landbahn wird jetzt für den Riesenjet A 380 um 589 m auf insgesamt 3.273 m verlängert. Die partielle Fertigung des doppelstöckigen Riesenjets A 380 gilt als größtes industriepolitisches Einzelprojekt auf deutschem Boden. Anwohner und Umweltschützer hatten protestiert, dass wegen der Verlegung von Elbdeichen die Sicherheit des benachbarten Obstbauerndorfs Neuenfelde vor Hochwasser nicht gewährleistet sei, außerdem würden mehrere EU-Naturschutzrichtlinien verletzt. (ez)

### Bundestag richtet Parlamentarischen Beirat ein

Der Bundestag hat Anfang April beschlossen, einen Parlamentarischen Rat für nachhaltige Entwicklung einzurichten. Der Rat, dem 20 ordentliche und 20 stellvertretende Mitglieder angehören, soll nationale Nachhaltigkeitsstrategien begleiten, beratende Funktion bei der Festlegung und Konkretisierung von Zielen, Maßnahmen und Instrumenten zu nachhaltiger Entwicklung haben, Empfehlungen aussprechen, Beratungen mit anderen Parlamenten, vor allem auf EU-Ebene, führen und die gesellschaftliche Diskussion zur nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Er soll die Arbeit von parlamentarischen Gremien begleiten und Politik für kommende Generationen strukturieren. (ez)  
Quelle: Das Parlament 15-16/2006

## Lesenswert

### Wachstum, der Irrtum

Aus der Grundannahme, dass das propagierte Wachstumsdenken des Kapitalismus oder Sozialismus keine dauerhafte Existenzgrundlage bilden kann, zeigt der Autor, dass das in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft herrschende Szenario untragbar ist. Die heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ideologien begründeten die Handlungsspielräume, Einkommenssituationen und Agitationsmuster von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Privatpersonen, öffentlichen Einrichtungen, der Familie und nicht zuletzt der Einzelpersonen. Als Schlussfolgerung wird eine gerechtere Wirtschaftsform als Ausweg aus der herrschenden Komplexitätsfalle zur Diskussion gestellt. (mb)

Johannes Waidefeld: Wachstum, der Irrtum - Wohlstand, eine gesellschaftliche Betrachtung, Fischer u. Fischer, Frankfurt/M. 2005, 358 Seiten, 24,- Euro, ISBN 3899500768

### Linke Stimmen gegen Wirtschaftswachstum

Dass gesellschaftliche Probleme durch Wirtschaftswachstum zu lösen sind, steht für die meisten Politiker, Ökonomen und Unternehmer außer Zweifel. Dennoch gab es in den letzten 30 Jahren zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Wirtschaftswachstum aus kritischer Sicht und in Bezug zur Umwelt. Eine Sonderausgabe der Umweltzeitschrift Tarantel hat nun versucht, diese Plädoyers für Nullwachstum und ökonomische Schrumpfung für die heutige Rezeption auszuwerten. Damit soll versucht werden, die politischen Kräfte, „die über den Kapitalismus hinausdenken wollen, auf einen Kurs zur Ablehnung des Wachstums zu bringen“. Das Heft bietet schlussfolgernd Strategien für eine „radikale ökologische Wendepolitik mit dem Ziel des Ökosozialismus“ an. Im Fokus stehen dabei die Bewusstseinsbildung sowie „marktwirtschaftshemmende gesetzliche Leitplanken“ für Produktion, Konsum und Lebensweise. (mb)

Wachsen oder Schrumpfen?, tarantel 31, Berlin 2005, 32 Seiten, 1,50 Euro; Hrsg./ Bezug: Ökologische Plattform, Tel. 030 / 2411127, www.oekologische-plattform.de

PDF-Download (410 kB):  
[www.sozialisten.de/politik/publikationen/tarantel/pdf/tarantel31.pdf](http://www.sozialisten.de/politik/publikationen/tarantel/pdf/tarantel31.pdf)

### ParallelWelten: Jugendliche und Umweltbildung

Schule, Politik und Umweltpädagogen beklagen das Desinteresse Jugendlicher an Umweltthemen. Die Tagung „ParallelWelten - Jugendliche und Umweltbildung“ ist der Distanz zwischen Jugend und Umweltbildung auf den Grund gegangen. Der Tagungsband beantwortet die Frage, was Jugend und Umwelt heute miteinander zu tun haben. Das Spektrum der Antworten reicht von einem kritischen Blick auf die gegenwärtige Umweltbildungspraxis über die Stellungnahme eines Marketingexperten bis hin zu einem neuen Ansatz der Forschung, der die Jugend nicht als Durchgangphase zum Erwachsenenalter begreift, sondern als Lebensabschnitt mit eigener Gültigkeit. (ez)

Stefan Lutz-Simon, Richard Häusler: Parallel-Welten - Jugendliche und Umweltbildung, oekom-verlag, München 2006, 80 S., 19,80 Euro, ISBN 3 86581 016 0

### Naturpatriarchen

Die Autorin untersucht aus feministischer und herrschaftskritischer Perspektive wissenschaftliche Vordenker der Neuzeit auf die Schattenseiten ihrer aufklärenden Absicht: Das befreite Denken eines René Descartes ist auf Kontrolle und Beherrschung der Natur angewiesen, bei Francis Bacon verdrängt das männliche Schaffen die produktive Seite einer als weiblich gedachten Natur, Giordano Bruno verweist darauf, wie widersprüchlich und ambivalent neuzeitliche Naturvorstellungen sind. Im Zeitalter der Aufklärung werden mittelalterliche Naturvorstellungen von neuzeitlichen abgelöst, die von Naturbeherrschung geprägt sind. Doch weshalb mussten auf der Epochenschwelle Scheiterhaufen brennen, weshalb war die Befreiung aus dem Naturzusammenhang patriarchal angelegt? Auf diese Fragen sucht die Autorin, Projektleiterin der Forschungsgruppe „Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren“ am Wuppertal Institut, Antworten. (ez)

Uta von Winterfeld: Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit, oekom verlag, München 2006, 404 S., 34,80 Euro, ISBN 3 936581 46 0

### Neue Broschüren zur Kampagne „Echt gerecht - clever kaufen“

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) hat drei neue Broschüren in der

Reihe „Nachhaltig einkaufen“ herausgegeben: „Der Wegweiser“, „Textilien, Bekleidung und Spielzeug“, „Reisen, Mobilität und Geldanlagen“ und „Bauen, Haushalt, Wohnen, Energie“. Eine Broschüre „Lebensmittel und Ernährung“ soll in Kürze folgen. In den Begleitheften zu der Aufklärungskampagne „Echt gerecht - clever kaufen“ findet man Informationen zum nachhaltigen Konsum in den Bereichen Lebensmittel und Ernährung; Textilien, Bekleidung und Spielzeug; Reisen, Mobilität und Geldanlagen; Bauen, Wohnen, Haushalt und Energie sowie zu Einkaufshilfen. (mbu, mb)

Broschüren zur Kampagne „Echt gerecht. Clever kaufen“, je 10 S.; PDF-Download: [www.echtgerecht.de/materialdownload.html](http://www.echtgerecht.de/materialdownload.html)

### Leitlinien für ein nachhaltiges Regierungsprogramm

Die politische Konstellation in Deutschland beeinflusst auch die Umweltpolitik Europas und anderer Teile der Welt. Die Ausgabe 97/98 der Zeitschrift politische Ökologie arbeitet heraus, welche Herausforderungen im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in den nächsten Jahren bewältigt werden müssen. Expert/innen aus Forschung, Wirtschaft, Verbänden und Medien beschreiben sozial gerechte, ökologisch notwendige und wirtschaftlich vernünftige Wege für eine zukunftsfähige Gesellschaft. (ez)

Politische Ökologie 97-98: Zukunft wachküssen. Leitlinien für ein nachhaltiges Regierungsprogramm, oekom verlag, München 2006, 96 S., 18,- Euro, ISBN 3 86581 004 7

## Naturschutz-Weltgipfel 2008 in Deutschland

### Deutschland wird Gastgeberland für UN-Konferenz

Die für 2008 geplante Konferenz der Vereinten Nationen zur biologischen Vielfalt findet in Deutschland statt. Eine entsprechende Einladung im Namen von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sprach Umweltstaatssekretär Matthias Machnig vor den Delegierten der diesjährigen Vertragsstaatenkonferenz zur biologischen Vielfalt in Curitiba (Brasilien) aus. Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) ist der erste völkerrechtliche Vertrag, der den Umgang mit der Natur umfassend regelt. Die CBD gehört neben der Klimarahmen- und der Wüstenkonvention zu den drei Konventionen, die auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 verabschiedet wurden.

### Verlust der biologischen Vielfalt soll bis 2010 deutlich reduziert werden

Machnig sagte, die internationale Staatengemeinschaft habe sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um den dramatischen Verlust des Artenreichtums zu stoppen und den Trend umzukehren. Bis 2010 soll der Verlust an biologischer Vielfalt deutlich reduziert werden. Eines der wichtigsten Instrumente dafür ist die Einrichtung eines globalen Netzes von Schutzgebieten bis 2010 an Land und bis 2012 in der Hohen See. Machnig nannte das Schutzgebietsnetz Natura 2000, das in der EU eingerichtet wird, einen guten Beitrag für das globale Netz. Deutschland hat mehr als zehn Prozent seiner Landfläche und 30 Prozent seiner Ausschließlichen Wirtschaftszone vor der Küste als Schutzgebiete ausgewiesen und nach Brüssel gemeldet. Fortschritte mahnte Machnig auch bei der Verteilung der Gewinne aus der Nutzung der biologischen Ressourcen, die z. B. für die Entwicklung von Pharmaprodukten genutzt werden, an. Auf der Vertragsstaatenkonferenz in Curitiba wurde ein Zeitplan für die Erarbeitung eines solchen Regimes beschlossen (EUR Sonderheft 04.06, S.11). (ez) ■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Vermeidbarer Vogeltod

### NABU fordert rasche Entschärfung gefährlicher Strommasten

Nach Ansicht des Naturschutzbundes muss noch viel getan werden, um den täglichen Tod zahlreicher Vögel aufgrund von ungesicherten Strommasten zu stoppen. Ein entsprechendes Resümee zog der NABU-Vogelschutzexperte Markus Nipkow am Ende eines gemeinsamen Kongresses mit dem bayerischen Partner Landesbund für Vogelschutz (LBV) zum Thema „Stromtod von Vögeln“. Er kritisierte die fehlenden Durchführungsbestimmungen auf Ebene der Bundesländer.

### Nachrüstung verläuft schleppend

Seit 2002 müssen neu zu errichtende Masten von Mittelspannungsleitungen so konstruiert sein, dass Vögel dort keine Stromschläge erleiden können. Bestehende Masten mit hohem Gefährdungspotenzial sind bis 2012 entsprechend zu entschärfen. Nachdem Naturschutzverbände jahrelang auf die Gefährlichkeit bestimmter Konstruktionstypen hingewiesen hatten, sei mit der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes 2002 zwar juristisch ein Durchbruch erzielt worden, lobte Nipkow. „Die Umsetzung durch die Energieversorger kommt jedoch nur schleppend voran.“

### Zügige Umsetzung in der gesamten Fläche gefordert

Die Anzahl vogelgefährlicher Strommasten wird bundesweit auf 100.000 geschätzt. „Zwar sollte an den neuralgischsten Punkten mit der Entschärfung begonnen werden, doch das Naturschutzgesetz erlaubt keine Beschränkung auf einzelne Gebiete“, betonte Nipkow. Die wegen ihrer Körpergröße besonders gefährdeten Störche und Greifvögel seien in Deutschland als Brut- oder Zugvögel nahezu flächendeckend anzutreffen. Die Zwischenbilanz nach vier Jahren zeige, dass Behörden, Energieversorger und die Bahn stärker als bisher Verantwortung übernehmen müssten. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Vogelschutzexperte Markus Nipkow, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-155  
eMail: [markus.nipkow@nabu.de](mailto:markus.nipkow@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## Schlepperwegebau im Nationalpark Berchtesgaden

### Bürgerinitiative befürchtet negative Vorbildwirkung

Gegen den geplanten Neubau eines Schlepperwegs im Nationalpark Berchtesgaden hat die Bürgerinitiative „Rettet den Geigelstein e.V.“ in einem Offenen Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber protestiert. Sie hält dieses Projekt für unvereinbar mit der Nationalparkverordnung, die den Neubau und den Ausbau von Wegen und Straßen verbietet. Der Weg soll künftig die Zufahrt zu einer Weidefläche erleichtern.

### Nachträgliche Verbreiterung befürchtet

Derzeit ist der Weg ein schmaler Steig, der früher aber rund 1,60 m breit war. Das bayerische Umweltministerium hat nun einen 1,80 m bis 2 m breiten Weg genehmigt, der als Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands gelten kann. Da bäuerliche Standardschlepper jedoch üblicherweise eine Breite von 2 m haben, befürchten Bürgerinitiativen eine nachträgliche Verbreiterung des Weges auf mindestens 2,60 m. Auch bestehe die Gefahr, dass diese Methode zukünftig auch in anderen Nationalparks benutzt werden könnte. Der Bund Naturschutz hat bereits rechtliche Schritte gegen den Ausbau eingeleitet. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Bürgerinitiative „Rettet den Geigelstein e.V.“, Postfach 1143, 83201 Prien am Chiemsee  
eMail: [rudolf.erlacher@t-online.de](mailto:rudolf.erlacher@t-online.de)

### Starker Protest gegen Nahverkehrskürzungen

#### Studie: Regionalisierungsmittel fließen tatsächlich in den Nahverkehr

Eine Studie der Beratungsfirma SCI Verkehr im Auftrag der Allianz pro Schiene zeigt, dass die Länder die zweckgebundenen Regionalisierungsmittel tatsächlich 1:1 für den Nahverkehr ausgeben. Damit seien Äußerungen führender Bundespolitiker widerlegt, die immer wieder von einer Zweckentfremdung der Mittel in Milliardenhöhe als Rechtfertigung für die geplanten Kürzungen gesprochen hatten, sagte Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene im April in Berlin.

Allerdings, so die Studie, gebe es in einigen Bundesländern zu wenig Transparenz in den Haushaltsplänen. Das erschwere die Nachvollziehbarkeit der Mittelverwendung und könne zu Missverständnissen führen. Eine zentrale Forderung der Allianz pro Schiene an die Bundesregierung ist deshalb, die Länder bei der anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel auf Transparenz bei der Mittelverwendung zu verpflichten, und zwar nach einer einheitlichen Methodik.

#### Kürzung der Regionalisierungsmittel unverantwortlich, so der VCD

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) appellierte an die Abgeordneten des Bundestages, die Kürzungspläne der Bundesregierung für die Mittel des öffentlichen Nahverkehrs zu stoppen und sich für ein attraktives Angebot von Bus und Bahn einzusetzen. Nach Ansicht des VCD ist ein guter öffentlicher Nahverkehr unerlässlich, um Mobilität für alle zu sichern und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen. Angesichts steigender Benzinpreise, hoher Feinstaubbelastungen in den Städten und einer alternden Gesellschaft sei eine Mittelkürzung für Bus und Bahn kurzsichtig und unverantwortlich, sagte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Gehrmann.

Die Bundesregierung hatte im Februar beschlossen, die so genannten Regionalisierungsmittel in der laufenden Legislaturperiode um acht Prozent zu kürzen, das sind 2,3 Milliarden Euro. Der entsprechende Gesetzentwurf durchläuft derzeit das parlamentarische Verfahren. Um Zugstreichungen zu verhindern, startete der VCD im März eine bundesweite Protestaktion. Mit rund 300.000 Postkarten sowie

einem Protestformular im Internet unter [www.vcd.org](http://www.vcd.org) sammelt der Verband bis zum 10. Juni Unterschriften gegen eine Verschlechterung des Bus- und Bahnangebotes. Diese sollen vor den entscheidenden Sitzungen des Bundestages an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück übergeben werden.

#### Gute Angebote bringen Fahrgäste in die öffentlichen Verkehrsmittel

Nach Ansicht des VCD gibt es wirksame Modelle, um eine effektivere Verwendung der öffentlichen Mittel für Bus und Bahn zu erreichen und so deren Anteil am Verkehr zu erhöhen. Doch bisher fehle es an einer konsistenten Strategie für den Ausbau des Nahverkehrs. Dabei gebe es positive Beispiele aus der ganzen Republik, die zeigten, dass sich mit guten Angeboten die Fahrgastzahlen nicht nur steigern, sondern sogar vervielfachen lassen. Dafür müssten aber Finanzierung und Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs neu geregelt werden.

#### Die Vorschläge des VCD

- Konsequente Ausschreibung von Nahverkehrsangeboten unter Vorgabe hoher Umwelt-, Qualitäts- und Sozialstandards; Ziel: mehr Wettbewerb
- Trennung von Netz und Betrieb mit dem Ziel, die Verantwortung für Teilnetze an regionale Betreiber zu übergeben, die meist kostengünstiger arbeiten.
- Bündelung aller Finanzmittel für den Nahverkehr und Übertragen der Befugnis für deren Verwendung an die Aufgabenträger (Länder und Kommunen); Ziel: mehr Transparenz und Effizienz
- Verknüpfung der Mittelhöhe u. a. an die erzielte Verkehrsleistung; das steigert den Anreiz, ein besseres Angebot und mehr Fahrgäste zu erreichen.

#### Die Vorschläge der Allianz pro Schiene

- Die Zweckbindung der Regionalisierungsmittel sollte beibehalten werden
- Die Regionalisierungsmittel müssen mindestens auf dem Niveau von heute erhalten bleiben, um die weiter steigende Zahl von Fahrgästen zu bewältigen.
- Auch die Dynamisierung sollte beibehalten werden, um den öffentlichen Nahverkehr gegenüber dem chronisch überlasteten Straßenverkehr konkurrenzfähig zu halten.

(mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Chausseestr. 84, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60  
eMail: [info@allianz-pro-schiene.de](mailto:info@allianz-pro-schiene.de)  
[www.allianz-pro-schiene.de](http://www.allianz-pro-schiene.de)

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: [mail@vcd.org](mailto:mail@vcd.org)  
[www.vcd.org](http://www.vcd.org)

### Lesenswert

#### **Güterverkehr in der Stadt**

In der Kurzbroschüre listet der VCD wichtige Fakten zum städtischen Güterverkehr auf, der seit Jahren ebenso wie der Güterverkehr auf Straßen insgesamt kontinuierlich wächst. Gerade die Städte belastet der Güterverkehr erheblich mit Lärm, Luftschadstoffen und durch eine erhöhte Unfallgefahr. Die übersichtliche Broschüre skizziert die drängendsten Probleme und bietet Lösungsansätze. Sie will die Diskussion um intelligente Transport-Konzepte und -Maßnahmen voranbringen. (mbu)

VCD (Hrsg.): Güterverkehr in der Stadt. Ein unterschätztes Problem, März 2006, 6 S.; Bezug: VCD, Tel. 030 / 280351-0, [www.vcd.org](http://www.vcd.org)

#### **Deutschlands schönste Wanderwege**

Mit dem neuen Magazin „Wanderbares Deutschland“ gibt es seit März eine kompakte gedruckte Informationssammlung über die schönsten deutschen Wanderwegen, die den gleichnamigen Internetauftritt ergänzt. Übersichtlich und leserfreundlich werden über 80 Wege mit Bildern, Texten, Karten der Streckenverläufe und detaillierten Infokästen vorgestellt. Ergänzt um neue Wege, die erst im Laufe des Jahres auf die Internetseite kommen, bietet das Magazin kurz und knapp die wichtigsten Informationen zu den Wanderzielen. Internet und Magazin ergänzen sich laut Wanderverband zu einer umfassenden Planungshilfe für den Wanderurlaub. Das Magazin ist in Kooperation mit der Agentur inMOTION entstanden. (mbu)

Magazin Wanderbares Deutschland, 100 S. (A4), 3,50 Euro; Hrsg./Bezug: inMOTION, Niederkassel, Tel. 02208 / 767800, eMail: [infowanderpressepool.de](mailto:infowanderpressepool.de) oder Bahnhofshandel: ISSN 1862-4332



## Flussauen benötigen Maßnahmenprogramme

### Handlungsempfehlungen für Naturschutz und Wasserwirtschaft

Eine neue Studie des Bundesamts für Naturschutz (BfN) weist auf den akuten Handlungsbedarf zum Erhalt und zur Entwicklung der Flussauen in Deutschland hin. Das Forschungsvorhaben gibt 16 Empfehlungen für eine konkrete Zusammenarbeit von Naturschutz und Wasserwirtschaft bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Bis Ende 2009 ist im Zeitplan der WRRL die Aufstellung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für die Flussgebieteinheiten vorgesehen. Die Forscher empfehlen den Bundesländern, spezielle Auenprogramme aufzulegen, um die Schutzziele von Naturschutz und WRRL mit anderen gesellschaftlichen Belangen abzustimmen.

### Stärkere Einbeziehung der Landschaftsplanung gefordert

In der Studie wird außerdem eine stärkere Einbeziehung der Landschaftsplanung bei der Wasserwirtschaft empfohlen, weil diese die Anforderungen der WRRL an die räumliche Planung aufgreifen und sie in ein umweltbezogenes Entwicklungskonzept integrieren kann. Des Weiteren könne die Neuausrichtung oder auch Neuausweisungen von Schutzgebieten einen wichtigen Beitrag innerhalb der Maßnahmenprogramme der WRRL leisten. Die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich für Flussauen aus dem ökosystemaren Ansatz der Wasserrahmenrichtlinie ergeben, sind in dem Forschungsvorhaben des BfN näher untersucht worden. (ez) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN),  
Konstantinstr. 110, 53179 Bonn  
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200  
eMail: [presse@bfn.de](mailto:presse@bfn.de)  
[www.bfn.de](http://www.bfn.de)

## Lesenswert

### Strukturelle Verbesserungen von Fließgewässern für Fische

Diese Broschüre informiert über Bedingungen, die Fließgewässer erfüllen sollten, damit heimische Fischarten möglichst optimale und naturnahe Lebensbedingungen finden können, und gibt „Empfehlungen für die Lebensraumentwicklung zur Erreichung eines guten ökologischen Zustands gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie“ – so der Untertitel. Die Autoren beschreiben Ursachen und Konsequenzen der veränderten Gewässersituation, aber auch Maßnahmen zur Entwicklung von neuen Lebensräumen. Anhand von dreizehn Fischarten werden beispielhaft Ansprüche an den Lebensraum vorgestellt. Fallbeispiele von renaturierten Teilschnitten erläutern die bereits erzielten Verbesserungen. (ez)

Jörg Schneider, Egbert Korte u.a.: Strukturelle Verbesserungen von Fließgewässern für Fische, Mainz 2005, 122 Seiten, 15,- Euro; Bezug: GFG, Frauenlobplatz 2, 55118 Mainz, Tel. 0613 / 613-121, Fax -135, e-mail: [info@gfg-fortbildung.de](mailto:info@gfg-fortbildung.de)

### Bewertung und Entwicklung urbaner Fließgewässer

Gewerbekanaläle oder aufgelassene Hafengebiete sind in letzter Zeit verstärkt in das Blickfeld der Stadtentwicklung gerückt. Die meisten städtischen Fließgewässer sind jedoch in einem unbefriedigenden ökologischen und strukturellen Zustand. Die Dissertation des Autors beschäftigt sich intensiv mit den damit verbundenen Fragestellungen und behandelt sowohl soziokulturelle als auch ökologische Problemfelder. Dabei werden neue Wege bei der Beurteilung und Entwicklung städtischer Fließgewässer aufgezeigt. Der Autor diskutiert Leitbilder und Indikatoren und stellt anhand von Beispielen verschiedene Bewertungsbausteine vor. (ez)

Oliver Kaiser: Bewertung und Entwicklung urbaner Fließgewässer, Culterra Heft 44, 280 S., 20,- Euro; Bezug: Institut für Landschaftspflege, Tennenbacher Str. 4, 79085 Freiburg/Br., Tel. 0761 / 203-3637, Fax -3638, e-mail: [lpflege@landespflege.uni-freiburg.de](mailto:lpflege@landespflege.uni-freiburg.de)  
■

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## Mai

23.5., Dessau

### Runder Tisch Elbe

Regionalbüro des EU-Parlaments, Dessau  
Tel. 0345 / 203860-6, Fax -7  
[europa@gruene-sachsen-anhalt.de](mailto:europa@gruene-sachsen-anhalt.de)  
[www.europa.gruene-sachsen-anhalt.de](http://www.europa.gruene-sachsen-anhalt.de)

25.-28.5., Berlin

### BUKO-Kongress 29: re:control - Schwerpunkt Energie

Bundeskoordination Entwicklungspolitik  
Tel. 040-393500, Fax -28055122  
[kongressbuero@buko.info](mailto:kongressbuero@buko.info)  
[www.buko.info/kongress/buko29/sides/energie.html](http://www.buko.info/kongress/buko29/sides/energie.html)

30.5.-2.6., Bonn

### 28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung -

#### 100 Jahre staatlicher Naturschutz

Fachkongress; BfN (Bundesamt für Naturschutz), BBN (Bundesverband Beruflicher Naturschutz), DNR, Land NRW  
DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
[helga.inden-heinrich@dnr.de](mailto:helga.inden-heinrich@dnr.de)  
Organisation: BBN, Anne-Christine Becker  
Tel. 0228 / 8491116  
[anne-christine.becker@bfn.de](mailto:anne-christine.becker@bfn.de)  
[www.bbn-online.de/?id=43](http://www.bbn-online.de/?id=43)

31.5. - 1.6., Tutzing

### Nachhaltig erfolgreich - Strategien für die Zukunft der Umweltbildung

Bundesverband TuWas e.V., München  
Tel. 089 / 599467-70, Fax -71  
[info@tuwas.net](mailto:info@tuwas.net)  
[www.tuwas.net](http://www.tuwas.net)

## Juni

5.6., Halle/S.

### Kreislaufwirtschaft total - Wege aus der Umweltkrise

Umwelttagung; Bürgerbewegung für Kryo-Recycling und Kreislaufwirtschaft e.V.  
Tel. 0209 / 35976230  
[kryo@gmx.de](mailto:kryo@gmx.de)  
[www.total-recycling.org](http://www.total-recycling.org)

7.-10.6., Wuppertal/Remscheid/Solingen

### Freiräume regional: Von der Zwischenstadt zur Gartenregion

Konferenz; Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur (DGGL), Berlin  
Tel. 030 / 78713613  
[bund@dggl.org](mailto:bund@dggl.org)  
[www.dggl.org](http://www.dggl.org)

8.6., bundesweit

### Umweltkindertag 2006

BUNDjugend, Berlin  
Tel. 030 / 275865-86, Fax -5  
[umweltkindertag@bund.net](mailto:umweltkindertag@bund.net)  
[www.umweltkindertag.de](http://www.umweltkindertag.de)

9.-11.6., Verden bei Bremen

### Solidarische Ökonomie

Bewegungsakademie  
Tel. 04231 / 957-595, Fax -400  
[info@bewegungsakademie.de](mailto:info@bewegungsakademie.de)  
[www.bewegungsakademie.de](http://www.bewegungsakademie.de)

10.6., Bergheim (Hessen)

### Zentrales Netzwerktreffen für Bürgerinitiativen

Grüne Liga BK Gesteinsabbau, Aue/Thür.  
Tel. 0371 / 83212-72, Fax -74  
[gesteinsabbau@grueneliga.de](mailto:gesteinsabbau@grueneliga.de)  
[www.pg-t.de/neues/Netztreffen.htm](http://www.pg-t.de/neues/Netztreffen.htm)

19./20.6., Potsdam

### Eine bessere Gesellschaft durch Waldpädagogik?

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Bonn  
Tel. 0228 / 94598-30, Fax -33  
[info@sdw.de](mailto:info@sdw.de)  
[www.sdw.de](http://www.sdw.de)

20.6., Bonn

### Kommunen als Schlüsselverbraucher für Holz aus guter Waldwirtschaft

FSC Deutschland, Freiburg/Br.  
Tel. 0761 / 38653-50, Fax -79  
[info@fsc-deutschland.de](mailto:info@fsc-deutschland.de)  
[www.fsc-deutschland.de/newsletter/105/722](http://www.fsc-deutschland.de/newsletter/105/722)

22./23.6., Fulda

### Die EU-Richtlinie zu Öffentlichkeitsbeteiligung und Gerichtszugang

Tagung: Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Berlin  
Tel. 030 / 428-49936, Fax -00485  
[marion.rosenbaum@ufu.de](mailto:marion.rosenbaum@ufu.de)  
[www.aarhus-konvention.de](http://www.aarhus-konvention.de)

22./23.6., Rostock

### Wasser als Element der Raumplanung

Wissenschaftliche Plenarsitzung 2006, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover  
Tel. 0511 / 34842-39, Fax -41  
[klee@arl-net.de](mailto:klee@arl-net.de)  
[www.arl-net.de](http://www.arl-net.de)

23.6., Geisenheim bei Wiesbaden

### Entwicklungschancen historischer Kulturlandschaften

Fachhochschule Wiesbaden  
Tel. 0611 / 9002165  
[nut@rz.fh-wiesbaden.de](mailto:nut@rz.fh-wiesbaden.de)  
[www.fh-wiesbaden.de/weiterbildung](http://www.fh-wiesbaden.de/weiterbildung)

24.6., bundesweit

### Mobilfunk-Aktionstag

Netzwerk Risiko Mobilfunk  
Tel. 0700 / 28800288  
[info@netzwerk-risiko-mobilfunk.de](mailto:info@netzwerk-risiko-mobilfunk.de)  
[www.netzwerk-risiko-mobilfunk.de](http://www.netzwerk-risiko-mobilfunk.de)

## Juli/August

29.7.-12.8., Erfurt - Leipzig - Dresden - Görlitz

### Tour de Natur 2006: Wir sind am Zug

Grüne Liga Sachsen, Dresden  
Tel. 0351 / 4943-354, Fax -450  
[dresden@grueneliga.de](mailto:dresden@grueneliga.de)  
[www.tourdenatur.de](http://www.tourdenatur.de)

**September**

12.9., Bonn

**Erneuerbare Energien zur Armutsbekämpfung**

Symposium; Forum Umwelt & Entwicklung  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
info@forumue.de  
www.forumue.de

21.-23. 9., Dessau

**Deutscher Landschaftspflegetag: Lebendige ländliche Räume mitgestalten**

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) e.V., Ansbach  
Tel. 0981 / 46533540  
info@lpv.de  
www.lpv.de

30.9.-2.10., Weimar

**4. Regiogeld-Kongress**

REGIOprojekt e.V.  
Tel. 03643 / 583923  
regioprojekt@livingcity.de  
www.regiogeldkongress.de

(ez) ■

**Regelmäßige Umweltsendungen****Sendeplätze in Radio und Fernsehen**

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit allen Links) gibt es auch im Internet: [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („TV + Radio“)

**TV-Vorschau****„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“**

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: [www.bio.de/kanal.php](http://www.bio.de/kanal.php)

**Vier-Wochen-Vorschau Natur**

[www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur](http://www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur)  
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: [www.prisma-online.de/tv/suche.html](http://www.prisma-online.de/tv/suche.html)

**Fernsehsendungen****Terra Nova**

Spartenkanal für Naturfilme  
[www.terra-nova.tv](http://www.terra-nova.tv)

**ZDF.umwelt**

So 13.15-13.45, ZDF  
[www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html)

**Arte-Umweltsendungen**

u.a. Di 14.45 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO  
[www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html](http://www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html) („Die Sendungen“ und „Natur & Umwelt“)

**Ozon**

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
[www.rbb-online.de/ozon](http://www.rbb-online.de/ozon)

**Unser Land**

Fr 19.00-19.45, Bayrischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

**Unkraut**

Umweltsendung für junge Leute  
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayrischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut)

**Löwenzahn**

Natur, Umwelt und Technik für Kinder  
Sa, 9.10-9.35, ZDF  
[www.tivi.de/loewenzahn](http://www.tivi.de/loewenzahn)

**Rundfunksendungen****Umwelt und Verbraucher**

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
[www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/)  
(„Archiv“)

**Natur+Technik**

Fr 17.05-18.00, HR 2 (Hessischer Rundfunk)  
[www.hr-online.de/website/radio/hr2/?rubrik=2902](http://www.hr-online.de/website/radio/hr2/?rubrik=2902)  
[www.hr-online.de/website/specials/wissen/?rubrik=6564](http://www.hr-online.de/website/specials/wissen/?rubrik=6564)

**SWR-Umweltsendungen**

Verschiedene Sendepunkte, SWR (Südwestrundfunk)  
[www.swr.de/ratgeber/essen](http://www.swr.de/ratgeber/essen)  
[www.swr.de/rasthaus/archiv/umwelt](http://www.swr.de/rasthaus/archiv/umwelt)

**Greenpeace Radio Freiburg**

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

**Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim**

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

**Radio Rainbow**

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

**Greenpeace-Radio Stuttgart**

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)  
[www.greenpeace-radio-stuttgart.de](http://www.greenpeace-radio-stuttgart.de)

**Graslöwen Radio**

So 14.00-15.00, Radijojo!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB ([www.digitalradio-bb.de](http://www.digitalradio-bb.de)) Internet (mit FlashPlugin 6): [www.radijojo.de](http://www.radijojo.de)  
[www.graslöwe.de](http://www.graslöwe.de)  
(mb) ■

## Information und fachlicher Austausch

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 370.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe)  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt)

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.  
[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.  
[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)  
 (mb) ■

## EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Tourismus (in Vorbereitung)	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr „Grüne“ Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abzuschalten, umzuschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):  
[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“)

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

### Editorial

- Wer tickt hier nicht richtig?

### Global

- Iran: Nukleare Drohungen
- Strategie zum Schutz der Arktis
- Warnung vor Palmölsprit aus Wäldern

### EU-Politik, Recht

- Die Pläne der EU für 2007
- Europäischer Rat 23./24.3.: Wachstum, Bürokratieabbau, Energie
- EU-Haushalt 2007-2013: Einigung
- Dienstleistungsrichtlinie: 2. Runde
- Werbung für Ökotechnologie
- Ressourcen: Gegen Liberalisierung
- Handelsliberalisierung am Mittelmeer
- EU-Handelspolitik: Nicht öko-sozial
- Ressourcenproduktivität: Keine Ziele
- „Green Week“: Thema Biodiversität

### Abfall, Produktpolitik

- Schiffsrecycling: Gesetzentwurf
- Abfall: Warnung vor Umklassifizierung
- Revision der Abfallrahmenrichtlinie

### Agrarpolitik, Gentechnik

- EU-Agrarsubventionen intransparent
- Neue EU-Ökoverordnung: Übereilt
- Gentech-Koexistenzregeln gefordert
- Spanien: Maisfelder Gen-kontaminiert
- EFSA soll transparenter werden
- Newsticker

### Chemikalien, Emissionen

- RoHS-Richtlinie: Konsultation
- Luftqualität im EU-Parlament
- IPPC-Umsetzung zu langsam
- Hormonwirksame Substanzen gefährlicher als gedacht
- Aktivitäten gegen Quecksilber
- Nanotech-Moratorium gefordert

### Energie, Klima

- Stromnetze: Anpassung an dezentrale Energiequellen
- EU-Gipfel: „Energiepolitik für Europa“
- Atomkraft: Mythos und Katastrophe
- Widerstand gegen Blairs Atompläne
- Studie: Klimaschutz nicht teuer
- Emissionshandel bisher ohne Wirkung
- Autos bleiben „CO<sub>2</sub>-Schleudern“
- Energielobby torpediert Klimaschutz

### Naturschutz, Biodiversität

- UN-Biodiv-Konferenz: Chance vertan
- Klimawandel bedroht Pflanzenarten
- Illegaler Holzhandel: Lahmer Kampf

- Raubbau: Amazonas in großer Gefahr
- Umsetzung EU-Gesetzgebung
- Newsticker

### Verkehr, Tourismus

- Eurovignette auch für 3,5-Tonner
- Autos sparsamer, aber zahlreicher
- Kerosinsteuerbefreiung: Urteil

### Wasser, Meere

- Abwasser: 14 Prozent unbehandelt
- NGO-Bündnis gegen Privatisierung
- Mittelmeerraum: Blue-Plan-Bericht
- 6. Nordsee-Ministerkonferenz

### Service

- Veröffentlichungen
- Ausschreibungen
- EU-Umwelt-Termine
- Wegweiser mit Adressen: EEB, EU, UN

### Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie (separate Heftung)

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

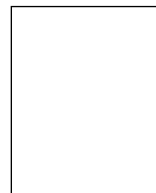
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Bankleitzahl:  
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin